

UN1A

DIE ZEITUNG DER GEMEINSCHAFT.

Künzi  
streikt!

work

**Frauenstreik-Kolumne: Sandra Künzi über Primar-Männer. Seite 2**

# Die Erde brennt



## Die oberste Bäuerin streikt

Christine Bühler  
will Gleichstellung  
im Stall. Seite 3

## Jean Ziegler zu Venezuela



Wer  
wirklich  
hinter dem  
Putsch  
steckt und  
warum.  
Seite 7

## Die Tag-und- Nacht-Schichter

Hirslanden-Kliniken:  
Kranke Bedingungen  
in der IT. Seite 5

## Und sie wollen sie retten



Vesna, 17



Patricia, 20



Nadia, 21



Fanny, 17



Jonas, 17



Fabian, 18

Sechs Klima-Jugendliche erzählen. Seiten 8–9





DER GRETA-EFFEKT

Es brauchte genau diese strenge Greta-Fokussierung auf eine Sache, um die weltweite Klimabewegung auszulösen. In ihrer legendären Rede am EU-Klimagipfel im polnischen Kattowitz sagte die 16jährige schwedische Schülerin so grosse Dinge wie: «Solange ihr euch nicht darauf konzentriert, was getan werden muss, sondern darauf, was politisch möglich ist, gibt es keine Hoffnung.» Und sie sagte es beinahe emotionslos und mit stoischem Blick – und ging viral. Weil

Eine CO<sub>2</sub>-freie Schweiz bis 2030 ist machbar.

Greta von einem anderen Stern ist. Mit ihren zwei Zöpfen, völlig ungeschminkt und unbeirrt, verkörpert sie die Gegenwelt zur fiebrig ich-geilen und aufgespritzten Selfie-Whatsapp-Snapchat-Tinder-Welt. Greta schwimmt gegen den Strom der Stromlinienförmigkeit. Und Greta streut Hoffnung auf eine andere Welt: «Ob es euch passt oder nicht, die echte Macht liegt bei den Leuten!» Das ist ansteckend.

**KEIN FLEISCH, KEIN FLUG.** Einer, der sich sofort anstecken liess, ist Fabian Uetz. work hat den 18jährigen Orgelbau-Lehrling zum Gespräch getroffen, zusammen mit fünf weiteren Klimastreik-Aktivistinnen und -Aktivisten (Seiten 8–9). Fabian erzählt: «Ich sass in der Berufsschule in der Pause, und plötzlich war da Greta im Netz. Ich dachte mir «wow, die sagt was, die bewegt was». Ein paar Tage später war ich an der Demo.» Etwas bewegen: Das wollen auch Fanny, Nadia, Patricia, Vesna und Jonas: «Wir wollen die Welt retten!» Nichts weniger als das. Weil es so nicht weitergehen kann. Jonas sagt: «Man versucht seit 30 Jahren, die Klimaerwärmung zu stoppen, und es hat nicht geklappt. Darum ist für mich klar: es braucht den Systemwandel.» Sind sie gegen den Kapitalismus? Teils, teils. Für den Verzicht? Ohne individuelle Verhaltensänderungen gehe gar nichts, sagen sie: kein Fleisch, kein Flug, kein Auto. Verbote? Warum nicht, «beim Rauchen ging es ja auch nicht anders». Sie wollen «achtsam» sein, mit dem Planeten und sich selber.

**ROSA ZUKUNFT.** Und wie halten sie es eigentlich mit dem ökologischen Umbau? Dem technologischen Fortschritt? Mit dem Glauben an die Technologien versuche man bloss, «das System mit aller Macht am Leben zu erhalten», sagt Nadia. Mit ihrer Wachstumsskepsis ist sie nicht alleine. Eigentlich erstaunlich, wenn wir bedenken, wohin der ökologische Umbau zumindest Deutschland schon getragen hat: AKW aus, Solar- und Windparks an – und jetzt noch der Kohleausstieg. Die Klimastreik-Jugendlichen fordern «eine CO<sub>2</sub>-freie Schweiz bis 2030». Das ist machbar. Auch in der Schweiz. Wie das genau geht, zeigt unsere Umwelt-und-Technologie-Rubrik «Rosa Zukunft» (Seite 10).

Neue Gummigeschosswerfer gegen Demonstrierende  
Bern schiesst wie Paris

Was haben der französische Präsident Emmanuel Macron und der Kantonalberner Polizeidirektor Philippe Müller (FDP) gemeinsam? Sie lassen mit dem gleichen Granatwerfer auf Demonstranten schiessen. Und nehmen schwerste Verletzungen in Kauf.

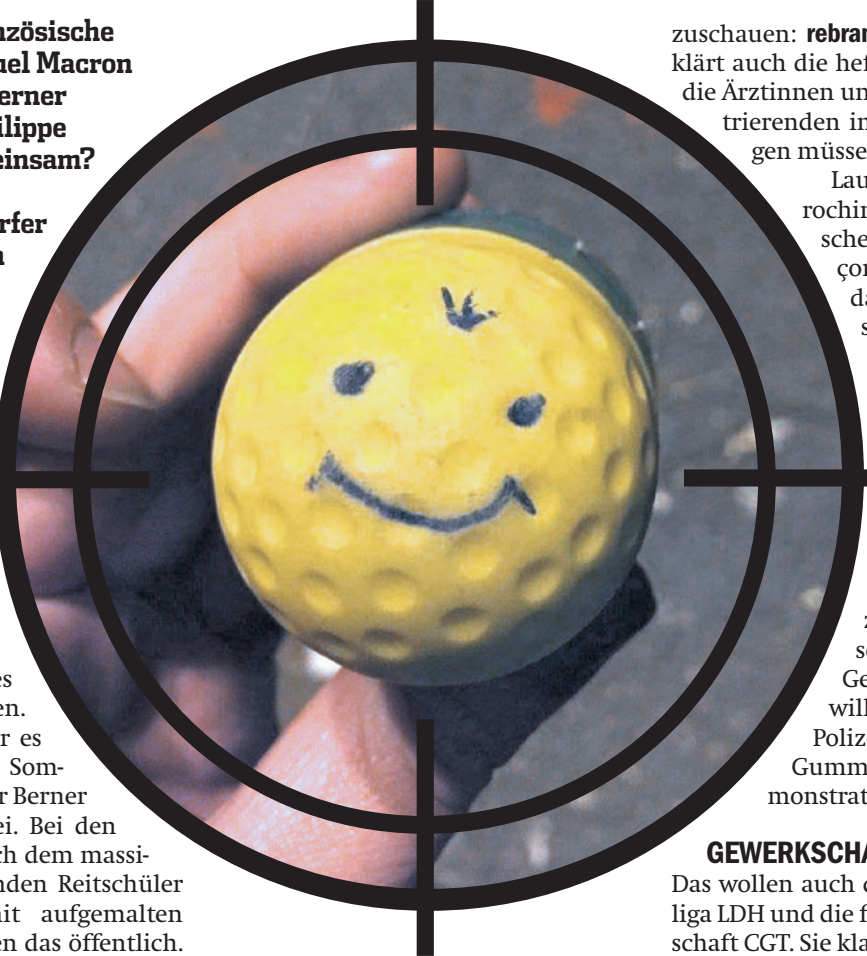
CLEMENS STUDER

Bern: Am Abend des 1. September 2018 zog die Berner Polizei in der Umgebung des Berner Kulturzentrums Reitschule ein massives Aufgebot zusammen. Kurze Zeit später war es mit der friedlichen Sommerstimmung auf der Berner Schützenmatte vorbei. Bei den Aufräumarbeiten nach dem massiven Polizeieinsatz finden Reitschüler Gummigeschosse mit aufgemalten Smileys – und machen das öffentlich. Die Kantonspolizei erweckt den Eindruck, das Geschoss sei ein Fake: «Wir machen so etwas nicht. So ein Vorgehen würde unseren Grundsätzen widersprechen.» Rund eine Woche später musste die gleiche Polizeisprecherin eingestehen, dass Berner Kantonspolizisten eben doch «so etwas machen».

Paris: Seit Monaten protestieren in Frankreich Hunderttausende gegen die neoliberale Politik von Staatspräsident Emmanuel Macron (dazu das work-Dossier: [rebrand.ly/olf](https://rebrand.ly/olf)) Bei den Demonstrationen wurden mittlerweile rund 2000 Menschen verletzt, Hunderte davon schwer. Eine 80jährige Frau starb, nachdem sie ein Gummigeschoss der Polizei getroffen hatte.

WAFFEN AUS THUN

Sowohl in Frankreich und in Bern schiesst die Polizei mit den gleichen Waffen auf die Demonstrierenden. LBD40 heisst das Gerät in Frankreich, die Schweizer Herstellerin B&T nennt es GLO 6 (siehe Text rechts). Frankreich



IM FADENKREUZ: Smiley, ein Gummigeschoss der Kantonspolizei Bern.

FOTO: ZVG / MONTAGE WORK

setzt die Waffen regulär ein. Bei der Berner Kantonspolizei handelt es sich um einen «Pilotbetrieb», wie der Regierungsrat auf eine Interpellation von Christa Ammann (AL) und Tamara Funicello (SP) bekanntgeben musste. Wie viele der Granatwerfer bereits angeschafft worden sind, wollen Regierungsrat und Polizei nicht sagen.

Auch die Waadtländer Kantonspolizei hat LBD40 in ihrem Arsenal. Allerdings schiessen sie damit nicht auf Demonstrierende. Sie kommen selten zum Einsatz, etwa in Fällen von «geistig Verwirrten», die sich und andere gefährden. Als Alternative zum «normalen» Gewehr.

Wie brutal die Geschosse aus dem LBD40-Gewehr wirken, demonstriert ein Polizist in einer auch sonst sehr sehenswerten LBD40-Recherche des Westschweizer Fernsehens, (hier nach-

zuschauen: [rebrand.ly/lbd40](https://rebrand.ly/lbd40)). Das erklärt auch die heftigen Verletzungen, die Ärztinnen und Ärzte bei Demonstrierenden immer wieder versorgen müssen.

Laurent Thines ist Neurochirurg an der französischen Uniklinik Besançon und schockiert darüber, was die Geschosse aus der Thuner Waffe anrichten. Die Wucht der aus dem LBD40 abgefeuerten Geschosse bringt er so auf den Punkt: «Das ist, wie wenn einem aus einem Meter Höhe ein zwanzig Kilogramm schwerer Stein aufs Gesicht fällt.» Thines will der französischen Polizei den Einsatz von Gummigeschossen bei Demonstrationen verbieten.

GEWERKSCHAFTEN KLAGEN

Das wollen auch die Menschenrechtsliga LDH und die französische Gewerkschaft CGT. Sie klagten vor dem höchsten französischen Verwaltungsgericht – vorerst ohne Erfolg. A propos Gewerkschaften und Gummigeschosse: in Deutschland ist die Gewerkschaft der Polizei (GdP) entschieden gegen den Einsatz von Gummischrot. Und wählt deutliche Worte: Wer Gum-

«Gummigeschosse sind in einer Demokratie nicht hinnehmbar.»

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI

migeschosse einsetze, «nimmt bewusst in Kauf, dass es zu Toten und Schwerverletzten kommt. Das ist in einer Demokratie nicht hinnehmbar.»

Emmanuel Macron und Philippe Müller sehen das anders. Sie haben ausserdem gemeinsam, dass ihre Truppen ständig wiederholen, sie würden nicht auf Köpfe schiessen. Und sie werden im Zeitalter der Handykameras und der sozialen Medien fortlaufend widerlegt.

B&T AG SKANDAL- BUDE

Die Thuner Waffenfabrik B&T AG wurde 1991 als Brügger&Thomet gegründet und ist seither immer wieder in Skandale verwickelt. So auch 2015. Damals lieferte B&T Scharfschützengewehre, Tränengaspetarden, Gummischrot-Granatwerfer und Rauchgaspetarden offiziell nach Neuseeland – sie landeten aber in Kasachstan.

**VERURTEILT.** B&T-Chef Karl Brügger ist seit letztem Jahr wegen Verstosses gegen das Kriegsmaterialgesetz rechtskräftig verurteilt. Brügger ist Verwaltungsrat des Eishockeyclubs SCL Tigers und mit der B&T-Kleidermarke «5.11» ein Hauptsponsor des Emmentaler Clubs. Auf der Fanseite des Clubs erschien nach Brüggers Verurteilung eine Polemik («Eine Bagatelle wie Fahrradfahren ohne Licht»). (cs)

Für mehr Primar-Männer

FOTO: YVES THOM



Sandra Künzi lebt und büglet in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit bereitet sie sich und uns auf den Frauenstreik vom 14. Juni 2019 vor: Ahoi!

Meine Nichte (7) hat jetzt einen Lehrer als Lehrerin, also en Maa. Dasch es Züüg, weil es gibt an der Schule öppe 20 Lehrerinnen und nur einen einzigen Lehrer. Den Herrn Ineichen. Er kommt mit dem Skateboard und tschuttet 2. Liga. Meine Nichte findet ihn vor allem deshalb ok, weil sie jetzt das Guete-Morgelied nicht mehr so höch singen müssen. Das tut doch weh, vor allem am Morgen.

Aber dann sagte Herr Ineichen, dass er nicht mehr unbezahlt Pausenaufsicht machen will, weil entweder habe er Pause und könne mal in Ruhe einen Latte trinken, oder man soll ihm die Arbeit bezahlen, wenn er schon die Verantwortung habe. Kletterfrosch und so. Also ich würd au nicht gratis hundert schreiende Grännis betreuen, und erscht noch ohne Kafi.

**FRAU ROLLI.** Der Herr Ineichen kam dann im Blick mit einem Foti, wo er auf dem Kletterfrosch den Handstand macht. Er hat mega Muskeln und ist ganz braun mit so Tätowierungen auf dem Oberarm. Ich frag mich ja immer, was passiert, wenn die ihre Mukis so aufpumpen? Das verzieht

doch die Bildli. Und ein fatter Drachen sieht ömel komisch aus. Als ich gestern Schulbesuch machte, weil ich mal sehen wollte, wie so ein Surfer Erstklässler betreut, war da Frau Rolli (mit Piercing). Frau Rolli schaute die Kinder ernst an: Der Herr Ineichen kommt nicht mehr. Er lasse die Kinder aber herzlich grüssen.

**CHÖTZLI-CHLÄUSU.** Zwei Kinder fingen an zu weinen, und Chläusu musste erbrechen, weil er sich so fescht auf die Revanche mit Herrn Ineichen gefreut hat, und das geht jetzt nicht mehr, und niemand sagt, was los ist, und da

Männerlose Primarschulen sind öppe so unlogisch wie Skisport ohne Lara Gut-Behrami.

Aushilfe. Und Fussball bedeutet ihr nichts, deshalb konnte sie den Chläusu auch nicht beruhigen. Es war ein huere Puff. Ich hab dann mit Chläusu tschuttet (er kann's noch überhaupt nicht) und gedacht: Männerlose Chindsgis und Primarschulen sind öppe so unlogisch wie Skisport ohne Lara Gut-Behrami, oder?

wurde ihm schlecht. Frau Rolli fand die Telefonliste nicht, dabei musste sie ja die Eltern von Chötzli-Chläusu informieren. Aber sie ist nur Not-



# Oberste Bäuerin der Schweiz fordert endlich Gleichstellung im Stall: «Beim Frauenstreik bin ich auf jeden Fall dabei!»

**Bauernfrauen chrampfen den ganzen Tag, meist ohne Lohn und Sozialversicherungen. Das muss sich ändern, sagt die Präsidentin der Landfrauen, Christine Bühler.**

PATRICIA D'INCAU

**work:** Frau Bühler, kürzlich hat eine Bäuerin im «Tages-Anzeiger» erzählt, dass sie nur bei ihrem Mann bleibe, weil sie sich die Scheidung nicht leisten könne. Ein Einzelfall?  
**Christine Bühler:** Scheidungen kommen in Bauernfamilien heute eigentlich fast gleich oft vor wie bei anderen Berufsgruppen. Etwa jede dritte Ehe geht auseinander. Aber für eine Bauernfrau sind die finanziellen Auswirkungen oft schlimmer. Bei einer Trennung steht sie vor dem Nichts. Sie hat den Anschluss an ihren Erstberuf verloren, kein Vermögen und kein Zuhause mehr. Manche müssen Sozialhilfe beantragen.

**Wie kann das sein? Diese Frauen sind doch Teil des Betriebs.**  
Ja, aber der gehört ihnen nicht. In der Landwirtschaft ist es so, dass es nur einen Besitzer geben kann. Und das ist meistens der Mann. Das ganze Vermögen ist damit in seinen Händen, und dort bleibt es auch bei einer Scheidung. Das hat mit dem bäuerlichen Bodenrecht zu tun. Das wollen wir Landfrauen nicht in Frage stellen, weil es auch Vorteile hat, zum Beispiel für unsere Kinder. Das Hauptproblem ist aber sowieso ein anderes. Nämlich, dass die Frauen, die auf dem Hof mitarbeiten, keinen Lohn bekommen.

**Sie machen ihre ganze Arbeit gratis?**  
Die meisten, ja. Über die Hälfte der Bauernfrauen verdienen nichts. Das ist absolut stossend! Eine Arbeitszeiterhebung des Bunds zeigt, dass Bauernfrauen im Schnitt 63 Stunden in der Woche arbeiten. Den Haushalt erledigen sie am Samstag und Sonntag, wie alle anderen auch. Die Bauernfrauen machen auf dem Hof nicht nur «ein bisschen den Garten». Sie machen die Administration, sie arbeiten auf dem Betrieb mit und sind überall einsetzbar. Dafür sehen viele keinen Rappen. Im Gegenteil, da heisst es sogar: Ihr habt ja Kost und Logis, was wollt ihr mehr?

**Sie meinen: Den Frauen wird gesagt, sie sollten doch froh sein, dass sie in ihrem eigenen Zuhause essen und schlafen dürfen?**  
Ja, ich habe diesen Satz schon so oft gehört. Sogar von Richtern bei Scheidungsfällen. Da frage ich mich schon: Sind die sich eigentlich bewusst, was sie da gerade sagen?

**Wie sieht es mit der Rente aus?**  
Drei Viertel der Frauen sind nicht sozialversichert. Ohne Lohn und Arbeitsvertrag gelten sie als Nichterwerbstätige. Dadurch haben sie im Alter nur die AHV und auch dort meist das Minimum. Seit den 1990er Jahren gibt es dank dem Rentensplitting auch einen Teil der Altersvorsorge des Ehegatten dazu, entweder beim Renteneintritt oder bei einer Scheidung. Das war ein wichtiger Schritt. Aber die riesige Beitragslücke bleibt trotzdem. Gar nichts an sozialer Absicherung bekommt die Bäuerin, wenn sie schwanger wird. Als Nichterwerbstätige hat sie kein Recht auf Mutterschaftsversicherung. Und wenn sie den Hof verlassen muss, kann sie nicht aufs RAV. Deshalb müssen die Frauen endlich bezahlt und sozialversichert sein.

**Wie reagieren die Männer auf diese Forderung?**  
Zuerst wurde gesagt: Ja ja, selbstverständlich, unsere Frauen sind die Besten, und ohne die läuft nichts. Dann kam die Phase, in der versucht wurde, uns und unsere Forderungen lächerlich zu machen. Jetzt ist der Ton rauer geworden. Da heisst es: Das geht nicht, das ist viel zu teuer! Wenn es um ihre eigenen Löhne geht, habe ich dieses Argument aber noch nie gehört. Und rein finanziell gesehen, würden sich die Löhne für die Frauen auch für die Männer lohnen. Denn: Wenn das Betriebseinkommen auf zwei Personen aufgeteilt wird, schlägt sich das in der Steuerprogression nieder. Bei der freiwilligen Altersvorsorge ist es ähnlich. Der Betrieb könnte dadurch eigentlich sehr viel Steuern sparen.



CHRISTINE BÜHLER: Mit Kälblein Mésange in ihrem Stall in Tavannes BE. FOTO: STÖH GRÜNG

**Trotzdem stellen die Männer auf Durchzug. Fühlen sie sich bedroht?**  
Ich denke, ja. Sie leben in diesem System, in dem die Frauen gerade so viel bekommen, wie es die Männer dünkt, das sei gut so. Auf diese Weise behalten sie natürlich die Macht. Es ist ein Machtverlust, den sie befürchten.

**Wie viel haben die Frauen im Bauernverband eigentlich zu sagen?**  
Wir haben 2 von insgesamt 23 Sitzen im Vorstand und ich bin im Vizepräsidium. Dafür gesorgt hat ganz klar der öffentliche Druck in den vergangenen Jahren. Auch der Bauernverband will nicht mehr als total konservativ dastehen. Aber es ist typisch: Es wird nur gerade so viel gemacht, wie unbedingt sein muss. Allerdings denke ich auch, dass uns mehr Vorstandssitze im Moment nicht weiterhelfen würden.

**Sondern?**  
Das Gesetz. Der Bundesrat plant, dass alle Beiträge an die Bauern künftig daran geknüpft werden sollen, dass der Ehepartner und die Ehepartnerin sozial abgesichert sind. Wir Landfrauen haben zwar einen Gegenvorschlag gemacht, grundsätzlich ist das aber genau

die Stossrichtung, die wir wollen. Also: dass die Sozialversicherungspflicht jetzt im Gesetz verankert wird. Solange das freiwillig ist, passiert nämlich nichts. Das haben wir jetzt lange genug gesehen.  
Und wichtig: Frauen müssen solidarisch sein. Es ist wichtig, dass wir zusammenstehen. Dass wir Landfrauen uns neben andere Frauen stellen und sagen: Ja, wir helfen mit, ihr braucht Lohngleichheit. Und wir brauchen eure Unterstützung, um überhaupt etwas zu bekommen.

**Am 14. Juni werden sich Frauen in der ganzen Schweiz für den zweiten Frauenstreik zusammen tun. Sind die Landfrauen auch dabei?**  
Das wird im Frühling entschieden. Ich werde im April als Präsidentin der Landfrauen zurücktreten. Ich hoffe aber, dass die neue Crew dort mitmacht. Ich persönlich werde am Frauenstreik dabei sein, auf jeden Fall!

**CHRISTINE BÜHLER (59)** ist seit 2011 Präsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes. Zusammen mit ihrem Mann führt sie einen Hof in Tavannes BE. Das Ehepaar hält 7500 Hühner und 26 Kühe. Christine Bühler ist Mitbewirtschafterin und verantwortet die Pouletmast. Das Betriebseinkommen teilen die Bühlers Ende Jahr untereinander auf.

## LOHNDISKRIMINIERUNG: FRAUEN WERDEN UM MILLIARDEN BETROGEN

Jedes Jahr Luxusferien auf den Seychellen, das könnten sich alle Frauen leisten, wenn mit der Lohndiskriminierung endlich Schluss wäre. Das zeigen Exklusivberechnungen des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) im Auftrag von work. Jede erwerbstätige Frau wird im Schnitt pro Monat um 590 Franken geprellt. Auf ein ganzes Erwerbsleben hochgerechnet sind das 303 000 Franken Lohnklau. Und pikant: Wie die neuen Zahlen des Bundes zeigen, ist es sogar noch mehr! Volle 657 Franken pro Monat verdient eine Berufsfrau in der Privatwirtschaft weniger. Schlicht und einfach, weil sie eine Frau ist und kein Mann. Das sind ganze 57 Prozent Lohnunterschied, die nicht mit Ausbildung, Erfahrung oder Verantwortung erklärbar sind. Sondern rein durch Diskriminierung.

**GRATISARBEIT.** Insgesamt beträgt dieser Lohnbschiss an den Frauen über 10 Milliarden Franken. Jedes Jahr! Geld, das sie brauchen würden. Denn: Nach wie vor übernehmen sie drei Viertel aller Jobs im Tieflohnssektor (unter 4000 Franken), während sie bei Spitzenposten anstehen. Nicht einmal 20 Prozent Frauen schaffen es in die obersten Kader. In der Regel gilt noch heute: Dort, wo das Geld ist, sitzen vor allem Männer. Das heisst auch: Haus- und Betreuungsarbeit bleibt noch immer mit zwei Dritteln an den Frauen hängen. 2016 hatte diese Arbeit einen Gesamtwert von 408 Milliarden Franken. Eine astronomische Summe an Gratisarbeit, von der auch die Wirtschaft profitiert. Just ihre Vertreter im Bundeshaus haben vergangenes Jahr erfolgreich mehr Gleichstellung verhindert.

**MINI-GESETZ.** Vor allem SVP- und FDP-Politiker stemmten sich gegen die Verschärfung von Lohnkontrollen. Jetzt gibt es nur Mini-Massnahmen: alle vier Jahre eine Lohnanalyse bei Unternehmen ab 100 Angestellten. Ohne Sanktionen und befristet auf 12 Jahre. Und der Milliarden-Bschiss geht weiter. Deshalb nehmen die Frauen die Dinge jetzt selber an die Hand. Am 14. Juni streiken die Frauen für mehr Lohn, mehr Zeit und mehr Respekt. (pdi)

## Biberli meint: «Frau, wo bisch?»





## Putzleute-Streik endet mit Erfolg

**GENÈ.** Der Streik der Reinigerinnen und Reiniger vor der Privatbank UBP ist zu Ende. Und es ist ein gutes Ende: Von den 37 Entlassenen dürfen 35 bleiben oder haben eine neue Stelle bekommen. Zudem zahlt die Putzfirma allen eine finanzielle Entschädigung. Rund 15 Putzleute hatten in Genf mit einem Streik gegen ihre Entlassung protestiert (work berichtete). Merita Elezi von der Gewerkschaft SIT sagt, in der Reinigung hätten die Beschäftigten keine grosse Erfahrung mit Arbeitskämpfen. «Streiks gab es bisher fast nie. Der Erfolg zeigt jetzt, dass es sich lohnt zu kämpfen.»

## Zürichs Wasser bleibt öffentlich

**ZÜRICH.** Nein zur Privatisierung des Trinkwassers: Der Kanton Zürich sagt mit 55 Prozent Nein zum neuen Wassergesetz. Es hätte privaten Firmen erlaubt, sich bis zu einem Drittel der Wasserversorgung unter den



**WASSER: Zürich schickt Privatisierung bachab.** FOTO: PIXABAY

Nagel zu reissen (work berichtete). So hatten es die Bürgerlichen im Parlament durchgedrückt. Nach der Abstimmung nun die Kehrtwende: FDP und SVP unterstützen einen Vorstoss der SP. Der will festschreiben, dass das Trinkwasser in öffentlichem Besitz bleibt.

## Budget: Maurer liegt wieder falsch

**BERN.** Finanzminister Ueli Maurer hat sich um ein paar Milliarden verrechnet. Schon wieder. Die Rechnung des Bundes schliesst mit einem unerwarteten Plus von 3 Milliarden Franken ab. SVP-Maurer hatte mit zehnmal weniger gerechnet. Fast immer in den letzten Jahren machte der Bund viel mehr fürschi als budgetiert. Meistens etwa 2 Milliarden. 2008 sogar mehr als sechs Milliarden. SP-Nationalrätin Mattea Meyer kritisiert: «Das hat System.» Die zu pessimistischen Prognosen seien regelmässig ein Argument, um wichtige öffentliche Leistungen zu kürzen.

## 99-Prozent-Initiative steht

**BERN.** Die 99-Prozent-Initiative der Juso kommt zustande. Es seien über 134 000 Unterschriften zusammengekommen, teilt die Partei mit. Im April will sie ihr Volksbegehren einreichen. Dessen Forderung ist einfach: Kapitaleinkommen soll stärker besteuert werden als heute, und zwar anderthalbmal so stark wie Arbeit. Mit dem Geld – die Juso rechnen mit 5 bis 10 Milliarden Franken pro Jahr – sollen 99 Prozent der Bevölkerung entlastet werden. Entweder durch tiefere Steuern oder andere Gut-schriften wie Prämienverbilligungen für die Krankenkasse.

## Neue Umfrage zeigt: Pflegerinnen massiv unzufrieden

# Alles nur noch schnell-schnell

**Den Pflegefachfrauen und -männern setzen Personalmangel, Profitdenken und Spardruck immer mehr zu, denn die Qualität der Pflege leidet schwer.**

CHRISTIAN EGG

Sie liebe den Kontakt mit den Patientinnen und Patienten, sagt die 51jährige Pflegehelferin: «Deshalb habe ich diesen Beruf gewählt. Aber man lässt uns keine Zeit mehr. Wir sollen nur schnell-schnell alles machen.» Und eine Pflegeheimangestellte aus dem Kanton Bern berichtet, der Personalmangel wirke sich negativ auf die Sicherheit aus: «Die Seniorinnen und Senioren sind oft zu lange allein. Dadurch passieren viele Stürze.»

Die zwei Frauen haben zusammen mit rund 2900 anderen Beschäftigten im Gesundheitswesen an der grossen Unia-Umfrage mitgemacht. Die Resultate sind für die reiche Schweiz beschämend: 93 Prozent der Teilnehmenden sind der

**«Patienten müssen oft stundenlang in ihren Exkrementen liegen.»**

SPITALPFLEGEFACHFRAU

Ansicht, dass wegen Personalmangels und Spardrucks die Pflegequalität leide. Viele berichten schonungslos und selbstkritisch. Auch diese junge Fachfrau Betreuung aus einem Pflegeheim: «Vieles wird bei uns aufgrund von Zeitmangel nicht korrekt oder gar nicht erledigt.» Deutlich wird eine Pflegefachfrau in einem Spital: «Patienten müssen oft stundenlang in ihren Exkrementen liegen.» Insgesamt gaben nur 15 Prozent an, sie hätten genügend Zeit für die Bewohnerinnen und Bewohner.

### PROFIT AN ERSTER STELLE

Mehrere Beschäftigte stellen fest, dass die Patientinnen und Patienten nicht mehr an erster Stelle stehen. Sondern der Profit, in öffentlichen Spitälern das Sparen. Eine Pflegefachfrau in einer privaten Einrichtung sagt es so: «Ich habe das Gefühl, der Chefetage ist nur Geld wichtig, sonst nichts.»

Kein Wunder, leiden auch die Pflegenden. Ganze 65 Prozent gaben an, neben der Arbeit nicht genügend Zeit für Fa-



**SORRY, KEINE ZEIT: In vielen Spitälern geht es nur noch um den Profit und ums Sparen, die Patientinnen und Patienten sind zweitrangig.** FOTO: KEYSTONE

milie und Freizeit zu haben. Eine junge Fachfrau Gesundheit sagt: «Ich komme nach Hause und bin so kaputt, dass ich nichts mehr zusammen mit der Familie unternehmen kann.»

### PFLEGESTREIK?

Die Umfrage macht aber auch deutlich: Viele in der Pflege sind bereit, sich zu engagieren. Eine 25jährige Pflegefachfrau aus dem Kanton Bern schreibt: «Es kann

und soll so nicht weitergehen!» Und eine 29jährige Fachfrau Gesundheit könnte sich sogar einen Streik vorstellen: «Eigentlich sollten wir alle auf die Strasse und zwei, drei Tage nicht arbeiten.» Klar, das wäre auf Kosten der Patientinnen und Patienten, sagt sie. «Aber gleichzeitig auch für sie.»

Umfrageergebnisse im Detail: [www.unia.ch/pflegeumfrage](http://www.unia.ch/pflegeumfrage)

## Bald haben es Lohndrücker auf dem Bau schwerer:

# Jetzt kommt das Anti-Dumping-System ISAB

**Das neue Instrument gegen Lohndumping & Co. im Baugewerbe heisst «Informationssystem Allianz Bau». Es wird ab März wirksam.**

RALPH HUG

Hinter dem Kürzel ISAB steckt viel Arbeit. Das «Informationssystem Allianz Bau» ist seit einem Jahr im Aufbau. Informationen über 30 000 Firmen soll es dereinst enthalten. Und damit ein wirksames Instrument werden, um im Baugewerbe Missbräuche zu verhindern. Entwickelt und betrieben wird die ISAB-Plattform von einem paritätischen Verein, den die Sozialpartner auf die Beine gestellt haben.

**VERLÄSSLICHE DATEN.** An vorderster Front mit dabei war die Unia. Daniel Indermühle ist Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Vereins und sagt: «Das Projekt ist komplex.» ISAB schafft Transparenz. Und zwar für alle, die an



FOTO: KEYSTONE



**SERIÖS: Mit der neuen ISAB-Karte werden die Daten anhand eines Codes erfasst und zentral gespeichert.**

der Durchsetzung der Mindestarbeitsbedingungen im Bau und im Ausbaugewerbe beteiligt sind. Welche Firma ist welchem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstellt? Wer wurde kontrol-

liert? Wo sind Zahlungen ausstehend? Solche Informationen sind stets aktualisiert in einer gemeinsamen Datenbank gespeichert und werden nun für Befugte zugänglich. Natürlich unter Einhaltung des Datenschutzes. Kontrolleure auf den Baustellen können sie mit der ISAB-Card mittels QR-Codes abrufen. Das sind diese schwarz-weißen Quadrate, die codierte Daten enthalten, wie sie zum Beispiel auch auf Postsendungen kleben. Das System beruht also nicht auf einer Selbstdeklaration der Firmen, sondern auf den verlässlichen Kontrolldaten der paritätischen Kommissionen.

**PER MAUSKLICK.** Das neue System nutzt den korrekten Firmen. Denn nun gibt es eine einheitliche GAV-Bescheinigung. Sie zeigt auf, ob eine Firma «sauber» ist oder ob Verfehlungen vorliegen. Das ist für Bauherren und Baufirmen gleichermassen wichtig. Sie wissen dann, ob sie Aufträge an seriöse Firmen vergeben, beziehungsweise sie haben zuverlässige In-

fos, wenn es um die Subunternehmerhaftung geht. Ein Mausclick genügt.

**Das neue System nützt den korrekten Firmen.** Firmen können zudem eine ISAB-Card für ihre Mitarbeitenden bestellen. Diese ist dann wie ein offizieller

Ausweis, der unterstreicht, dass diese Firma dem GAV unterstellt ist.

**AB MÄRZ.** Daniel Indermühle rechnet damit, dass solche kreditkartenähnlichen Ausweise ab März im Umlauf sind. Sie werden nach und nach bereits bestehende Karten ablösen, beispielsweise jene im Kanton Waadt. Einmal verbreitet, dürften es Lohndumper im Bau ziemlich schwer haben. Denn wo ein Ausweis fehlt, werden Kontrolleure besonders genau hinschauen. Praktisch alle Vertragsparteien von allgemeinverbindlichen GAV im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe machen bei ISAB mit.

### PFLEGEBERUFE

## GEFRAGTE FACHKRÄFTE

179 000 Personen arbeiten in der Schweiz in der Pflege, Tendenz steigend. Sie sind sehr gefragt, da wir immer älter werden. Im Jahr 2030, also in gut zehn Jahren, werden bereits 244 000 Pflegepersonen nötig sein, hat das Schweizerische Gesundheitsobservatorium, die staatliche Fachstelle im Gesundheitswesen, errechnet.

**TEILZEIT.** Der Lohn einer diplomierten Pflegefachfrau liegt zwischen 5200 und 6200 Franken im Monat. Fachleute Gesundheit verdienen zwischen 4200 und 4800 Franken, während für Pflegehelferinnen und -helfer Löhne zwischen 3800 und 4500 Franken üblich sind (alles Einstiegsgehälter). Allerdings sind viele Beschäftigte nur Teilzeit angestellt. In der Langzeitpflege liegt der Anstellungsgrad im Schnitt bei gerade einmal 72 Prozent. (che)





24-STUNDEN-TAG: Nachtarbeit und Pikettdienst sind für Computerfachleute heutzutage der Normalfall. FOTO: ISTOCK (SYMBOLBILD)

## Hirslanden-Informatiker Marc Schori\* hat über 100 Überstunden. Abbauen geht nicht. Weil er immer wieder nachts arbeiten muss.

CHRISTIAN EGG

Dreissig Minuten. So viel Zeit hat Marc Schori, um zu reagieren. Egal, ob er gerade isst, schläft oder joggt. 30 Minuten nachdem ihn die Firma aufbietet, muss er an der Arbeit sein. So sind die Regeln, wenn er Pikett hat.

Schori arbeitet als Informatiker bei den Hirslanden-Privatspitälern. Etwa alle vier Wochen trifft's ihn fürs Pikett, jeweils eine Woche lang. Und es passiert eigentlich immer etwas, sagt er: «Manchmal ist es nur ein Einsatz in der Woche, manchmal sind es sieben.» Tagsüber muss er trotzdem fast normal arbeiten. War er in der Nacht drei Stunden lang wach, um irgendein System zu reparieren, kommt er am nächsten Morgen höchstens eine Stunde später zur Arbeit. Mehr liege nicht drin: «Dafür sind wir zu wenig Leute.» Die Folge: Seine Überstunden häufen sich. Wer 30 Stunden auf dem Konto hat, bekommt ein Mail von der Per-

\*Namen geändert

sonalabteilung, doch bitte abzubauen. Das würde Schori gern. Aber die Nachteinsätze summieren sich: «Ich bin jetzt bei weit über hundert Überstunden. Letzten Sommer schaffte ich es mal unter hundert, aber es geht schnell wieder hoch.»

Dazu kommt: Auch ohne Pikett fällt immer wieder Nachtarbeit an. Im Spital werden einige Systeme bis 22 Uhr gebraucht, andere sogar bis ein Uhr morgens. Wartungen und Updates können Schori und seine Kolleginnen und Kollegen erst danach machen. Dafür

habe er auch Verständnis, sagt er. Ein Spital sei nun mal ein 24-Stunden-Betrieb. Aber die Informatikabteilung bei Hirslanden sei so klein, dass die Einzelnen viel zu oft in den sauren Apfel beissen müssten.

Hirslanden schreibt, man halte sich an die gesetzlichen Regelungen. Sprecher Claude Kaufmann verspricht aber: «Wir werden die Pikettpläne auf personelle Engpässe hin überprüfen.»

### DIE AUSNAHME WIRD ZUR NORM

Nachtarbeit ist für Computerfachleute heutzutage der Normalfall. Auch für den Informatiker Marcel Herren\*, der für ein grosses Schweizer Telecom-

unternehmen arbeitet. Er sagt: «Es gibt heute in der Branche kein Stelleninserat, bei dem nicht auch die Bereitschaft für Pikettdienste gefordert wäre.» Ähnlich klingt es bei Lukas Fischer\*, ebenfalls bei einer Telecomfirma tätig: «Wenn im Pikett das Telefon klingelt, arbeite ich, egal zu welcher Zeit. Das ist nicht immer lässig, gehört aber dazu.» Herrns Telecomfirma ist aber offensichtlich besser organisiert als die Hirslanden-Gruppe. Er hat nur alle zwei Monate Pikettdienst, und wenn er einen Einsatz hat, kann er die Stunden umgehend kompensieren. Geplante Nachtarbeiten muss er nicht übernehmen: «Das machen Kollegen, die dafür kein Pikett leisten.»

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gibt auf Anfrage an, dass es pro Jahr «etwa 250» Bewilligungen für regelmässige Nacht- und Sonntagsarbeit in der Informatik erteile. Das sind rund ein Zehntel aller Bewilligungen. Und Nachtarbeit ist im Vormarsch (siehe Text unten).

### KEIN PRIVATLEBEN MEHR MÖGLICH

Hirslanden-Informatiker Marc Schori sagt, dass sein Privatleben und sein Freizeitprogramm oft unter den Nachteinsätzen litten. Auch weil diese die Mitarbeitenden oft unvorbereitet trafen. Selbst wenn es keine «Notfälle» seien: «Wir erfahren meist nur einen Tag vorher oder am gleichen Tag, dass wir in der Nacht arbeiten müssen.»

## Die Briefträgerin & die Milchkästen

Die Milchkästen heissen heute nicht mehr Milchkästen. Nur ältere Pöstlerinnen und Pöstler nennen den Teil der Briefkästen, in den Pakete abgelegt werden können, heute noch so. Die Briefträgerin ist in einer Kleinstadt beziehungsweise einem Grossdorf aufgewachsen. Sie hat noch erlebt, wie der Milchmann



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

jeden Morgen in aller Frühe mit dem VW-Bus durch die Quartiere fuhr und Offenmilch in die bereitgestellten Pintli füllte.

### «Viele Briefkästen sind Teil der Wohnung, Stauraum, praktischer Aufbewahrungsort.»

In den Normbriefkästen von heute hätten die Alupinten von damals gar keinen Platz mehr. Ob die Kästen früher grösser waren? Nicht unbedingt, denn tatsächlich hat der Milchmann, so erinnert sich die Briefträgerin jetzt, das Chessel immer beim Hauseingang hingestellt.

Die Milch wird längst nicht mehr zu den Häusern gebracht, auch nicht offen ausgeschenkt – und die Milchkästen heissen Ablagefächer und erfüllen andere Zwecke.

«CHINAPÄCKLI». Die Briefträgerin verträgt in der Stadt eigentlich keine Pakete. Dafür sind die Päckliträgerinnen und Päckliträger von PostLogistics da. Auf dem Land gibt es – wegen der Weitaufgkeiten – «gemischte», meist Autotouren.

In den Zeiten der Internet-Versandhäuser wie des chinesischen Alibaba und des US-amerikanischen Amazon werden nun aber auch die Briefträgerinnen und Briefträger in der Stadt vermehrt zu Päckliträgern. Und obwohl zahlreiche «Chinapäckli» kleiner als kleinste Briefe sind, passen ebenso viele andere nicht durch den Schlitz im Kasten.

ÜBERRASCHUNG. Ablageort ist in diesem Fall das Ablagefach. Beziehungsweise: wäre das Ablagefach. Denn dort wartet Überraschung. Das Ablagefach vieler Briefkästen ist Teil der Wohnung, Stauraum, praktischer Aufbewahrungsort für dies und das. Was einer Briefträgerin da alles entgegenlacht und entgegenpurzelt! Velohelme, leere Flaschen, auf schräge Altpapierbeigen gelegte Bälle, angebissene Sandwiches, Hundekacksäcke, geöffnete und achtlos hingeworfene Rechnungen, Ölpintli fürs Velo, Arbeitshandschuhe, Tüchlmützen, Kinderspielzeug – und die «Chinapäckli» der letzten drei Tage.

«Wenn ich Zeit hätte», denkt die Briefträgerin, «würde ich lachen. Aber ich habe keine Zeit und ärgere mich, weil ich nicht weiss, wohin ich soll mit Alibaba, Amazon & Co.»

## Nachtarbeit schadet der Gesundheit – dennoch wird sie immer häufiger bewilligt Immer mehr müssen in der Nacht arbeiten

### Nachtarbeit ist ungesund. Trotzdem will sie die rechte Mehrheit im Parlament ausweiten.

In der Schweiz arbeiten 573 000 Menschen regelmässig oder zumindest manchmal nach Mitternacht. Ein Teil davon arbeiten in Spitälern, Bars oder Bäckereien: Diese brauchen für Nachtarbeit nicht einmal eine Bewilligung. Darüber hinaus erteilen die Behörden immer mehr Betrieben grünes Licht für Nachtarbeit. Die Bewilligungen des Seco für dauernde Nacht- und Sonntagsarbeit sind seit 2008 von 1700 auf 2400 angestiegen. Noch

höher sind die Zahlen bei den kantonalen Bewilligungen. Die braucht's für vorübergehende Nacht- und Sonntagsarbeit. Und sie haben sich mehr als verdoppelt, von 5500 auf fast 13 000.

GEFÄHRLICH. Dabei ist schon längst klar: Nachtarbeit schadet der Gesundheit. Betroffene leiden oft an Schlafproblemen, Magen-Darm-Krankheiten oder Übergewicht. Zudem steigt ihr Risiko für Depressionen. Studien zeigen sogar, dass Frauen, die jahrelang nachts arbeiten, häufiger an Brustkrebs erkranken. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Nachtarbeit des-

halb als «wahrscheinlich krebserregend» ein.

Trotzdem will die rechte Mehrheit im Parlament den Schutz vor Nachtarbeit weiter abschwächen. Firmen sollen den Beginn des Arbeitstags neu auf 4 Uhr morgens festlegen dürfen. Und die minimale gesetzliche Ruhezeit soll mehrmals pro Woche nur noch neun Stunden betra-

### Nachtarbeit kann Krebs verursachen.

gen. So steht's im Entwurf zur Revision des Arbeitsgesetzes, den die Wirtschaftskommission des Ständerats

im Herbst in die Vernehmlassung schickte.

SCHUTZ. Die Gewerkschaften haben bereits das Referendum angekündigt, sollte das Parlament die Vorlage so verabschieden. Und erhalten von vielen Seiten Unterstützung: Patientenorganisationen wiesen darauf hin, dass übermüdete Ärztinnen und Ärzte mehr Fehler machen. Und der Verband der kantonalen Arbeitsmarktbehörden warnte in deutlichen Worten vor der Vorlage: Sie widerspreche dem Ziel des Arbeitsgesetzes, die Gesundheit der Arbeitnehmenden zu schützen. (che)

### workfrage: Sind Sie dafür, dass der Schutz vor Nachtarbeit abgebaut wird?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**



Überall Streiks  
Der neue Mut

Überall in Europa wagen die Leute Arbeitskämpfe: in Spanien bei der Post; in Ungarn in der Audi-Fabrik; in Deutschland im Sicherheitsdienst der Flughäfen; in Belgien bei den Supermärkten Lidl und Carrefour und in Österreich im Gesundheits- und Sozialwesen. Das sind nur wenige Beispiele von vielen in den letzten zehn Monaten.

**NEUE PROTESTFORMEN.** Auffallend: Die Streiks finden mehrheitlich im Dienstleistungsbereich statt. Und immer mehr



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Frauen streiken. Einige Arbeitskämpfe waren eigentliche Frauenstreiks. So legten in Schottland letzten Oktober 8000 Frauen der Stadtverwaltung von Glasgow ihre Arbeit nieder. Es war der Höhepunkt eines zwölfjährigen Protests gegen Lohndiskriminierung. Und in Irland stehen derzeit 40000 Pflegefachfrauen und Hebammen auf. Bereits an drei Tagen garantierten sie nur noch den Notfalldienst. Die Frauen fordern eine Aufwertung ihrer Berufe in den Lohnklassen des irischen Gesundheitswesens. Um gerecht zu sein, müsste ihr Lohn um zwölf Prozent rauf.

Ein seit längerem neues Phänomen sind auch länderübergreifende Streiks: Bei Amazon mobilisierten sich schon mehrmals Angestellte der Verteilzentren in Deutschland, Italien, Spanien und Grossbritannien. Letztmals am «Black Friday» im letzten November. Bei der Dumpingfluggesellschaft Ryanair waren sechs Länder involviert, als das Personal Ende 2017 mit Streiks im Weihnachtsreiseverkehr drohte. Ryanair versprach darauf Verhandlungen. Doch erst die koordinierten Streikwellen im letzten Sommer und nochmals im September zwangen die Billigfirma ernsthaft an den Verhandlungstisch.

**O'LEARY KNICKT EIN.** Und siehe da, der neue Mut wird belohnt: Die Frauen in Glasgow bekommen insgesamt Hunderte Millionen Franken zusätzlich. Bei Audi in Ungarn holten die Streikenden 18 Prozent mehr Lohn raus. Die spanischen Postangestellten erreichten eine Lohnerhöhung von 11 Prozent und 12000 zusätzliche Festanstellungen – der Anteil an Temporärstellen wird von 30 auf 8 Prozent gesenkt. Amazon musste schon mal in Italien nachgeben und sich auf eine Kollektivvereinbarung mit den Gewerkschaften einlassen. Beugen musste sich auch Michael O'Leary, der mächtige Chef von Ryanair. Noch 2017 hatte er geblufft: «Gewerkschaften sind ein Mob, dessen Tage längst gezählt sind.» Jetzt geht er Kollektivvereinbarungen in mehreren Ländern ein – und hat den gefürchteten «Mob» im Haus.

UNIA

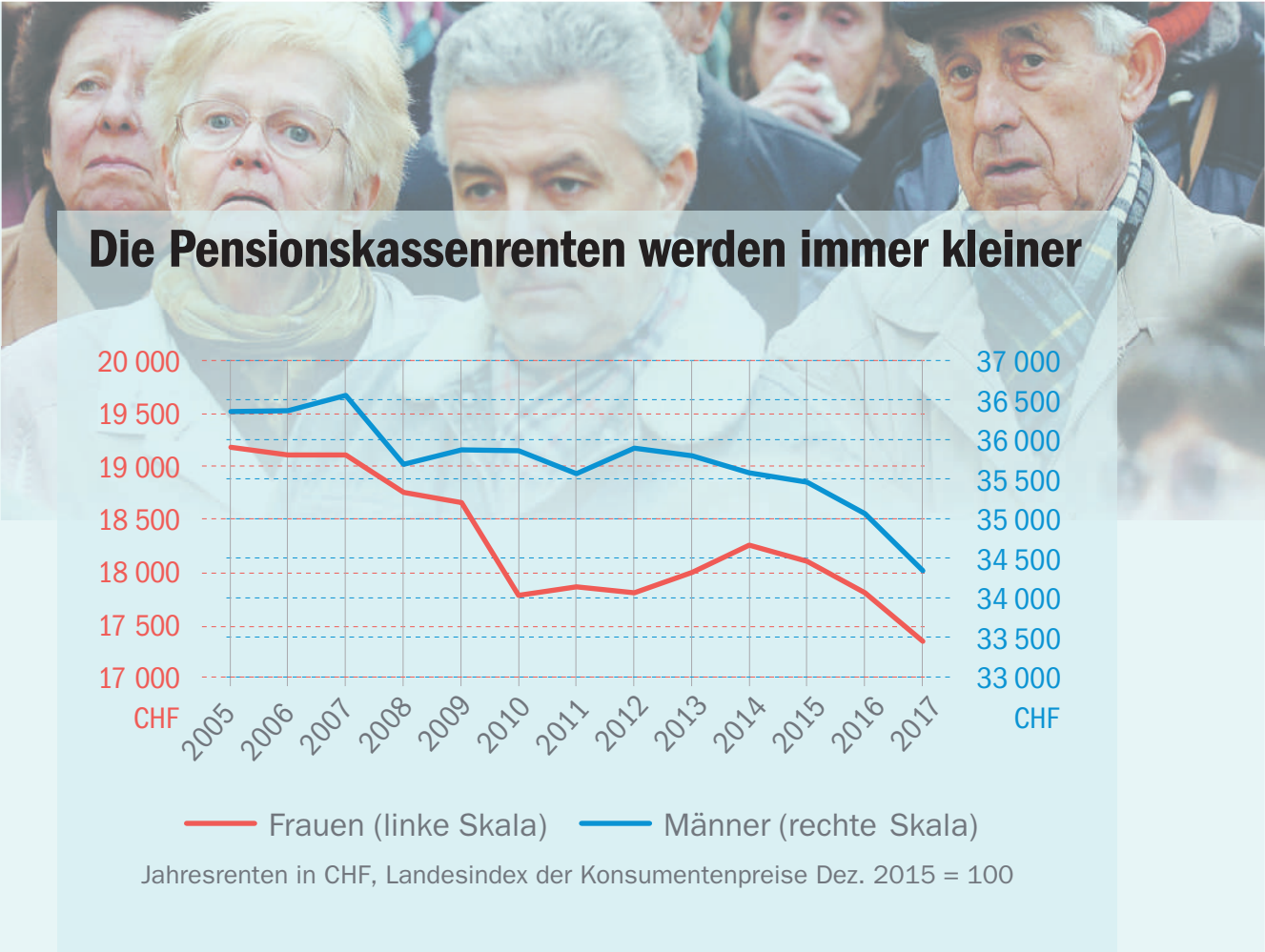
online



Wo drückt der Schuh in der Lehre?

Überforderung, sexuelle Belästigung, Mobbing. Alles Themen, mit denen Lernende in der Ausbildung konfrontiert werden. Du auch? Brich mit Tabus und mach mit bei unserer Umfrage.  
[www.unia.ch/umfrage-lehre](http://www.unia.ch/umfrage-lehre)

Gewerkschaftsbund will den Rentenzerfall in der 2. Säule stoppen  
Nationalbank soll Minuszinsen auszahlen statt bunkern



**GELDSPEICHER:** Die Nationalbank muss verhindern, dass die Überbewertung des Frankens noch weiter zunimmt. Die Minuszinsen sind ein Mittel dazu. Die Erträge daraus sollen jetzt an die Pensionskassen fließen.

GRAFIK: SGB; FOTO: KEYSTONE

Der Vorschlag des Gewerkschaftsbundes, wie man die sinkenden Pensionskassenrenten stoppen könnte, sorgt für Wirbel.

RALPH HUG

Zwei hatten eine Idee: Wie wär's, wenn man den Tresor der Nationalbank (SNB) anzapfen würde, um die ständig fallenden BVG-Renten aufzubessern? Denn mit ihren Negativzinsen setzt die SNB die Renten zusätzlich unter Druck. Soll sie also auch dafür geradestehen! Die zwei – das sind Daniel Lampart und Paul Rechsteiner, der Chefökonom und der Ex-Präsident des Gewerkschaftsbunds. Ihre Idee entstand, wie so viele in der Politik, im Zug nach Bern. Und zwar schon vor längerem. Nun steht sie in einem Forderungskatalog, den der Gewerkschaftsbund im Januar der Öffentlichkeit präsentierte. Aber nur als letzter Punkt in einer ganzen Palette von Massnahmen, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu sichern. Niemand schenkte dem Beachtung.

LENKUNGSABGABE

Doch seit die «Sonntagszeitung» eine grosse Story draus machte, schlägt das Wellen – im Bundeshaus, in der Nationalbank, in der Pensionskassenszene. Worum geht's genau? Die SNB kassiert jedes Jahr zwei Milliarden Franken an Negativzinsen von –0,75 Prozent. Das müssen Banken und Versicherungen zahlen, wenn sie Geld bei der SNB deponieren. Negativzinsen sollen den Franken weniger attraktiv machen und sind deshalb geldpolitisch nötig. Für Daniel Lampart sind solche Zinsen eine Art Lenkungsabgabe. Aber er findet es falsch, wenn diese Einnahmen bei der SNB gebunkert oder via Gewinne an Bund und Kantone ausgeschüttet werden. Lampart: «Sie sollen an die Pensionskassen rückerstattet werden.» Denn diese müssen auch Negativzinsen zahlen. Lamparts Rechnung: Wenn die Pensionskassen jährlich 22 Milliarden Franken an Renten ausschütten, könnten sie diese mit den 2 Milliarden aus den rückerstatteten Negativzinsen in einem Jahr um 10 Prozent anheben. Oder in zwei Jahren um 5 Prozent. «Damit wäre das frühere Rentenniveau wieder erreicht», so Lampart.

**Minuszins-Milliarden könnten das BVG-Loch wieder füllen.**

workstandpunkt

Zweite Säule: Immer nur abwärts



Ralph Hug

Endlich spricht die Schweiz über den Rentenzerfall in der zweiten Säule. Er ist atemberaubend. Die zweite Säule ist unter Druck, weil sie vollständig von den Renditen auf den Finanzmärkten abhängig ist. Seit 2005 sind die Pensionskassenrenten nach Berechnungen des Gewerkschaftsbunds im Mittel um fast 9 Prozent gesunken. Besonders stark schmolzen sie in den letzten drei Jahren. Als

Folge erhöhen die Kassen die Beitragssätze – von 18 auf 19,5 Prozent – und schrauben die Leistungen zurück. Der Umwandlungssatz, der die Höhe der Renten bestimmt, wird dieses Jahr im Schnitt von 5,8 auf 5,6 Prozent sinken. Dies ergab eine SGB-Umfrage bei 42 Kassen mit 775 000 Versicherten. Vor fünf Jahren lag der Satz noch bei 6,4 Prozent. Die Hauptleidtragenden sind nach Angaben des Gewerkschaftsbunds die Personen über 50: Sie zahlen immer mehr in die zweite Säule ein, erhalten aber immer weniger

Rente, als ihnen einst versprochen wurde. Böse Überraschung, wenn sie dann pensioniert werden und feststellen müssen, dass die Rente kleiner ist als erwartet. Wegen der schlechteren Pensionen sind diese Leute teils auch gezwungen, länger zu arbeiten, besonders Frauen mit geringen Löhnen oder Selbständige, die wenig einbezahlt haben. All das zeigt: Es braucht dringend eine Stärkung der AHV: 13. Rente und mehr. Denn die AHV ist preisgünstig und sicher im Umlageverfahren finanziert.

Alles paletti? Nicht ganz. Der Nationalrat müsste dazu das Nationalbankgesetz ändern. Und dafür braucht's eine Mehrheit im Parlament. Möglicherweise wäre die SVP dafür zu haben. Wortführer wie der Schwyzer Ständerat Alex Kuprecht teilen die Meinung, dass die SNB zahlen soll. Kuprecht ist Lobbyist der BVG-Branche. Diese regt sich schon lange darüber auf, dass SNB-Chef Thomas Jordan Negativzinsen einkassiert. Der Pensionskassenverband Asip verlangt ihre Aufhebung. Doch der Widerstand gegen Änderungen ist gross. Die SNB selber fürchtet einen Dammbruch. Sie behauptet: Bei einer Ausnahmeregelung für die Pensionskassen würden sofort andere Begehrlichkeiten aufkommen. Bürgerliche Hardliner und Ideologen wie die Wirtschafts-Denkfabrik Avenir Suisse sehen die Autonomie der Nationalbank in Gefahr. In der NZZ tat sie den Vorschlag des Gewerkschaftsbunds als «Wahlkampfschläger» ab.

DIE ZWEITE SÄULE BRÖCKELT

Das Gute daran: Endlich spricht die Schweiz über den Rentenzerfall in der zweiten Säule. Das ist, was der Gewerkschaftsbund erreichen wollte. Der Zerfall ist dramatisch. Obwohl Wirtschaft und Wohlstand wachsen, sacken die Renten in der beruflichen Vorsorge seit der Finanzkrise von 2008 permanent ab (siehe

work-Standpunkt «Zweite Säule: Immer nur abwärts»). Hauptgrund ist laut Chefökonom Lampart das krisenbedingt tiefe Zinsniveau. Die Pensionskassen würden die Vorsorgekapitalien der Versicherten immer schlechter verzinsen und dazu noch die Umwandlungssätze senken. Das führt zu klar tieferen Renten.

AHV NOCH WICHTIGER

Der Vorschlag des Gewerkschaftsbunds, die Negativzinsen an die Pensionskassen rückzuerstatten, kommt übrigens nicht von ungefähr: In der anstehenden BVG-Reform werden jetzt die Weichen gestellt. Die Sozialpartner müssen dem Bundesrat im Frühling Lösungen unterbreiten. So lautet der Auftrag nach der letzten Revision der Altersvorsorge, die im September 2017 abgelehnt wurde.

SNB-Jordan und rechte Ökonomen sträuben sich heftig.

Für den Gewerkschaftsbund hat aber die Verbesserung der AHV-Renten nach wie vor oberste Priorität. Der Kongress vom vergangenen Dezember beschloss die Lancierung einer Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente. Die Dreizehnte soll die Renteneinkommen für alle verbessern. Und nicht nur für jene, die eine Pensionskasse haben.





**JUAN GUAIDÓ:** Venezuelas selbsternannter Präsident bei einer Rede in Caracas.

Schweizer Medien-Liebling: Putschistenführer Juan Guaidó

# Irren sich die Linken wirklich?

FOTO: GETTY IMAGES/BLOOMBERG

**Wer gegen den laufenden Putsch in Venezuela ist, wird von Rechten und Medien als «ewiggestriger Revolutionsromantiker» gezeisselt. Höchste Zeit für ein paar Fakten.**

MICHAEL STÖTZEL

Die Schweizer Presse verbreitet fast durchgängig die Ansicht, Hugo Chávez und sein Nachfolger Nicolás Maduro hätten mit ihrer linken Politik das einst blühende Venezuela in den Bankrott geführt. Letzte Hoffnung für die verzweifelte Bevölkerung sei deshalb Juan Guaidó, der sich selbst zum Interimspräsidenten ernannt hat. «Zu Recht» («Tages-Anzeiger») hätten ihn deshalb die USA, Kanada und Venezuelas rechtsradikal regierte Nachbarn Brasilien und Kolumbien postwendend als legitimen Präsidenten anerkannt. Genau wie alle grossen EU-Staaten (Ausnahme: Italien), die von Maduro ultimativ Neuwahlen forderten. Das allerdings hatten sie mit ihrem Hoffnungsträger Guaidó nicht genau abgesprochen. Denn mit Washington im Rücken, allenfalls auch mit US-Soldaten, will er Maduro vertreiben – aber nicht über Wahlen verhandeln oder gar einen Dialog mit der Regierung eröffnen. Diese von Mexiko und Uruguay vorgeschlagene und möglicherweise nichtkriegerische Lösung ist vorerst vom Tisch.

## RECHTE BETRÜGER IM PARLAMENT

Dabei ist die internationale Anerkennung Guaidós völkerrechtlich fragwürdig. Das sagt zum Beispiel der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages (nachzulesen: **www.amerika21.de**). Derartige Bedenken sind den Guaidó-Bewunderern aber keine Zeile wert. Begründung für diese Ignoranz: Maduro selbst habe ja das Recht gebrochen, als er das nationale Parlament entmachtete, auf das sich Guaidó bei seiner Selbstnennung beruft. Walter Suter, der ehemalige Schweizer Botschafter in Venezuela, erinnert sich da allerdings besser. Zu work sagt er: «Das oberste Gericht hat verlangt, dass vier Abgeordnete wegen Wahlbetrugs ausgeschlossen werden müssten, ein Maduro-Mann und drei rechte Oppositionelle. Der Maduro-Mann verschwand, die drei Oppo-

sitionellen blieben im Parlament.» Daraufhin habe das Gericht das Parlament für illegitim erklärt. Würde sich die Opposition also an das Recht halten, hätte Venezuela sofort ein legitimes Parlament. Und in diesem Parlament die Maduro-Gegner die Mehrheit.

## SCHRECKLICHE FIGUREN ALS PATEN

Nassforsch gehen die Medien auch mit dem Argument um, es gehe Washington allein um das venezolanische Erdöl. Dazu sei kein Regimewechsel nötig, heisst es. Denn aller politischer Gegensätze zum Trotz gingen mehr als ein Drittel der venezolanischen Ölexporte in die USA. Nur: Leuten wie US-Präsident Donald Trumps Sicherheitsberater John Bolton reicht das noch nicht. Es sei «ökonomisch ein grosser Unterschied», erklärte Bolton, «wenn US-Konzerne in Venezuela bald wieder investieren und produzieren könnten.»

Geradezu «niederträchtig», meint der «Tages-Anzeiger», sei der Versuch, Guaidó jetzt schon mit den mörderischen Generälen gleichzusetzen, welche die USA in der Vergangenheit in Lateinamerika an die Macht gebracht haben. Etwa mit Pinochet in Chile. Für den selbsternannten venezolanischen Präsidenten Guaidó soll sprechen, dass er noch vor wenigen Wochen relativ unbekannt unter den Oppositionellen des Landes war und offenbar zweitrangig – selbst in seiner eigenen Partei, der rechtsradikalen «Voluntad popular» (Volkswille).

Guaidó persönlich hat auch kein Problem damit, sich enger Verbindungen zu schrecklichen Figuren der Trump-Regierung zu erfreuen. Der schlimmste Finger unter ihnen ist Elliot Abrams. Bereits in den 1980er Jahren wirkte der als Pate der nicaraguanischen Contras, einer von den USA und Weltkonzernen finanzierten Söldnertruppe. Später wurde Abrams verurteilt, weil er US-Parlamentarier über seine Rolle im dortigen Bürgerkrieg (Iran-Contra-Affäre) belogen hatte. Danach tauchte er als Freund von Guatemalas mörderischem Präsidenten Ríos Montt wieder auf. Schliesslich soll Abrams einer der Drahtzieher des 2002 fehlgeschlagenen Putsches gegen Chávez gewesen sein. Kein Witz: Ausgerechnet dieser Mann dient heute US-Präsident Trump als «Beauftragter für die Wiederherstellung der Demokratie in Venezuela».

## BLINDE LINKE?

Das vielleicht stärkste Argument der Gegnerinnen und Gegner von Chávez und Maduro: Sie hätten sich in ihrer Wirtschaftspolitik allein auf die Ölexportgewinne verlassen und so wenig wie frühere Regierungen für eine Diversifikation der Produktion gesorgt. Ex-Botschafter Suter weiss aber, dass sich Chávez des Dilemmas sehr wohl bewusst war. Er habe jedoch entschieden, zuerst eine «soziale Schuld» abzutragen: Mindestens ein Viertel der Bevölkerung lebte trotz der milliardenschweren Ölgewinne im Elend. Das änderte er mit seinen Sozialprogrammen, mit der Umverteilung des Reichtums zugunsten der Armen. Nach einer Wiederwahl wollte er den Schwerpunkt auf die Verbreiterung der nationalen Produktion legen. Das kündigte er 2012 im «plan de la patria» (Plan für das Vaterland) an. Doch 2013 starb Chávez, dann zerfiel international der Ölpreis, und dann begannen die US-Sanktionen dramatisch zu wirken. Mag sein, dass unter dem neuen Präsidenten Maduro auch die Korruption wieder anwuchs, meint alt Botschafter Suter. Tatsache sei aber, dass den Chavisten die Mittel fehlten, um jetzt den Plan umzusetzen.



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DAS IMPERIUM SCHLÄGT ZURÜCK

11. September 1973. In Santiago de Chile steht der Präsidentenpalast in Flammen. Chilenische Kampfflugzeuge fliegen Bombenangriffe. Die ganze Innenstadt ist umzingelt von aufständischen Truppen. Die Leibwache des Präsidenten kämpft bis zum Schluss. Gegen 14.30 Uhr stirbt Salvador Allende, die Maschinenpistole in der Hand. Der Ermordung des drei Jahre zuvor zum Präsidenten der Republik gewählten Kinderarztes aus Valparaíso war ein zweijähriger Wirtschaftskrieg vorausgegangen. US-Präsident Richard Nixon und sein Aussenminister Henry Kissinger hatten ihn organisiert. Von den USA bezahlte Generalstreiks, eine totale internationale Finanzblockade und Sabotageakte in grosser Zahl hatten Chile ruiniert. «Wir erleben ein stilles Vietnam», sagte uns – einer Delegation der Sozialistischen Internationale – Allende ein paar Monate vor seinem Sturz.

**AUSSTRAHLUNG.** Das nordamerikanische Imperium konnte Allendes fortschrittliche Sozialpolitik und ihre Ausstrahlung auf ganz Lateinamerika nicht ertragen. Und es wollte die Kontrolle über das chilenische Kupfer zurückgewinnen. Das Land ist der zweitgrösste Kupferproduzent der Welt. 24. August 2017. US-Präsident Donald Trump befiehlt die ersten

**In Venezuela geht es einmal mehr um die Zerstörung einer demokratisch gewählten Regierung.**

Massnahmen einer Finanz- und Wirtschaftsblockade gegen Venezuela. Wie gegen Allende geht es auch diesmal um die Zerstörung einer demokratisch gewählten Regierung, deren Sozialreformen

Millionen Menschen in Lateinamerika begeistern. Dazu kommt das Erdöl: In Venezuela liegen die grössten Vorkommen der Welt.

Der junge Berufsmilitär und Reformler Hugo Chávez wurde 1999 zum Präsidenten Venezuelas gewählt. Er starb 59jährig am 5. März 2013 an einem rätselhaften Krebsleiden. Als Sonderberichterstatter der Uno für das Recht auf Nahrung habe ich ihn mehrmals getroffen und mit ihm über sein Sozialprogramm diskutiert.

Sein Vizepräsident Nicolas Maduro – von Beruf Busfahrer und ehemaliger Sekretär der Transportarbeitergewerkschaft – folgte ihm nach. Im Mai 2018 wurde Maduro für fünf Jahre zum Präsidenten gewählt. Die unter sich zerstrittenen Oppositionsparteien nahmen an der Wahl nicht teil, bestritten jedoch ihren Ausgang und damit die Legitimität Maduros.

Chávez und sein Nachfolger haben das wunderschöne Land verwandelt. Von den 31 Millionen Venezolanerinnen und Venezolanern sind gemäss Uno-Statistik 9 Millionen dem extremen Elend entkommen. Vom Erdöl des Landes profitieren zu Sonderpreisen viele arme Staaten, zum Beispiel Haiti, Nicaragua, Grenada oder Kuba.

**BLOCKADE.** Trumps Wirtschafts- und Finanzblockade hat seit 2017 schreckliche Folgen für das geplagte Volk. Die Deviseneinnahmen erwirtschaftet zu 92 Prozent der verstaatlichte Erdölsektor. Die Staatsgesellschaft Petróleos de Venezuela, die den technologisch hochkomplexen Förderprozess in Gang hält, bekommt keine Ersatzteile mehr. Die internationalen Finanzbeziehungen beschränken sich auf Russland und China. Bloss 40 Prozent der Nahrungsmittel und nur ganz wenige Medikamente werden im Inland hergestellt. Unter dem Konsumgüterboykott und der astronomischen Inflation leiden die Menschen fürchterlich. Zwei Millionen sind mittlerweile ins Ausland geflohen.

**SÖLDNER.** Januar 2019. Bei einer Massendemonstration der Opposition tritt der schneidige 35jährige Parlamentspräsident Juan Guaidó ans Mikrophon und proklamiert sich zum Präsidenten des Landes. Nur: Die letzten Parlamentswahlen wurden vom Obersten Gerichtshof in Caracas wegen massiven Wahlbetrugs für ungültig erklärt.

Das Imperium und sein Söldner Guaidó verlangen die sofortige Absetzung Maduros und neue Präsidentschaftswahlen. Maduro ist bereit zum Dialog und schlägt Neuwahlen des Parlaments vor. Die EU folgt dem Imperium und will sich der mörderischen Blockade anschliessen.

So auch die Schweiz. Bénédicte de Cerjat, Chef der Lateinamerika-Abteilung im Aussenministerium (EDA), erklärt per Twitter Guaidó zum legitimen Präsidenten Venezuelas. Dieser unmögliche Schweizer Botschafter und seine Komplizen sind eine Schande für unser Land.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor.



Weltweite Klimastreiks

# «Wir sind heisser als das Klima»

Es begann mit Greta Thunberg – jetzt gehen weltweit Schüler und Schülerinnen fürs Klima auf die Strasse. Auch in der Schweiz wächst die neue Bewegung rasant.

Rund 68 000 Menschen gingen am 2. Februar 2019 in insgesamt 14 Schweizer Städten für den Klimaschutz auf die Strasse. «Wir sind heisser, heisser als das Klima», skandierten sie. Auf den Plakaten stand «Hopp Schwiiz! Beim Klima sind wir nicht neutral!» oder «Es ist unsere Zukunft, ihr Arschlöcher». Noch nie hat die Klimaerwärmung so viele Menschen mobilisiert. Was war anders an diesem kalten Samstag im Februar?

Zur Demo aufgerufen hatten Jugendliche, die Teil sind einer internationalen Bewegung gegen den Klimawandel. Dabei geht es um die menschengemachte Erwärmung der Erde, die durch den Ausstoss von Treibhausgasen wie CO<sub>2</sub> ausgelöst wird.

**WARNUNG.** Vor dem Klimawandel warnen die ersten Wissenschaftler bereits in den 1960er Jahren. 1988 gründete die Uno in Genf das «Intergovernmental Panel on Climate Change» (IPCC), kurz: Weltklimarat. Im Pariser Klimaabkommen beschlossen die Uno-Mitgliedstaaten 2015 die Beschränkung der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius. Um dieses Ziel zu erreichen, muss bis 2050 die weltweite CO<sub>2</sub>-Neutralität erreicht werden, schrieb der Weltklimarat im Oktober 2018. Und jetzt also die Klimastreiks.

**Noch nie hat die Klimaerwärmung so viele Menschen mobilisiert.**

Bereits am 30. November 2018 gingen in Australien 15 000 Schülerinnen und Schüler gegen den Klimawandel auf die Strasse. Seither haben weltweit Hunderttausende für das Klima gestreikt. In London erreichte die Bewegung «Extinction Rebellion», dass die Stadt den Klimanotstand ausrief.

Die Klimabewegung wurde ab Dezember 2018 auch in der Schweiz aktiv. Auslöser war die Brandrede der schwedischen Schülerin Greta Thunberg (16) an der Weltklimakonferenz im polnischen Kattowitz (work berichtete). Unter dem Begriff #FridaysforFuture entstand ein Trend, am Freitag nicht in die Schule zu gehen, sondern für den Klimaschutz auf die Strasse. Greta selber geht jeweils freitags nicht mehr zur Schule und demonstriert stattdessen vor dem schwedischen Parlament.

**WEITER GEHT'S!** In der Schweiz fand der erste Klimastreik am 14. Dezember 2018 in Zürich statt. Über 500 Schülerinnen und Schüler waren dabei. Bereits eine Woche später streikte die Klimajugend in Basel, Bern und St. Gallen. Auch 2019 gehen die Klimastreiks weiter. Für den 15. März 2019 ist ein weltweiter Klimastreik geplant.

Die Schweizer Klimajugend fordert den nationalen Klimanotstand sowie die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf null bis 2030. Diese Forderungen wurden auch von der nationalen Politik gehört. Nationalrätin Samira Marti (SP) will mit einer Motion erreichen, dass der Bund den Klimanotstand ausruft. (asz)

Fabian, Fanny, Nadia, Patricia, Vesna und Jonas streiken für das Klima

# «Wir wollen die Welt retten»

**Sie sind jung, voller Tatendrang und wollen nichts weniger als eine ökologische Revolution. work hat sechs Aktivistinnen und Aktivisten der Klimabewegung in Zürich getroffen.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

**work:** Ihr opfert eure Freizeit, riskiert unentschuldigte Absenzen und geht bei frostigen Temperaturen auf die Strasse. Wieso macht ihr mit beim Klimastreik?  
**Fabian:** Ich sass in der Berufsschule, in der Pause, und plötzlich war da Greta\* (siehe Glossar rechts) im Netz. Ich dachte mir «wow, die sagt was, die bewegt was». Und dann ging es blitzschnell. Ein paar Tage später war ich an der Demo.

**Fanny:** In Australien gingen mega viele Schülerinnen und Schüler für das Klima auf die Strasse, das war sicher ein wichtiger Moment. Und natürlich das CO<sub>2</sub>-Gesetz, das der Nationalrat verwässert und dann bachab geschickt hat. Das war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

**Nadia:** Wir leben in einer Zeit der sozialen Bewegungen. Ich bin auch beim Frauenstreik engagiert, und es gibt immer mehr Ökofeministinnen\*.

**Jonas:** Ich glaube, die Klimabewegung ist auch eine Gegenreaktion auf den Rechtspopulismus.

**Patricia:** Ich bin Teil dieser Bewegung, weil sie sich die grundlegendsten Fragen des Lebens stellt. Weil sie eine Dynamik ermöglicht, in der wir alle versuchen, eine bessere Welt zu schaffen. Weil ich mich wohl fühle, weil wir achtsam miteinander umgehen. Weil wir gemeinsam Prozesse anstossen, die alleine zu viel Kraft brauchen. Weil sie mir Hoffnung gibt und mich vertrauen lässt. Und weil ich etwas tun kann.

**Innert kürzester Zeit hat sich der Klimastreik in der ganzen Schweiz ausgebreitet. Was macht die Bewegung aus?**  
**Fanny:** Wir sind buntgemischte Jugendliche mit dem Wunsch, die Welt zu retten. Wir fordern Klimaschutz und sind basisdemokratisch organisiert. Das macht uns aus. Wir gehen

**Fanny Wissler (17), Gymnasiastin, Wetzikon ZH**

**Für den Klimastreik ist Fanny im Organisationskomitee in Zürich und bei den Demos aktiv dabei. Vor dem Klimastreik hat sie viel Musik gemacht. Sie ist bei den Jungen Grünen und Leiterin im Jugendverband Cevi. Fanny kauft seit zwei Jahren keine neuen Kleider mehr, isst kein Fleisch, fliegt nicht.**



hen sehr respektvoll miteinander um, jeder und jede ist willkommen.  
**Nadia:** Unsere Bewegung ist extrem vielfältig und bunt. Was uns aber eint, ist das Bewusstsein, dass es so nicht weitergehen kann. Die Klimakatastrophe wird unsere Generation stärker treffen als alle früheren Generationen – wir können es uns schlicht nicht mehr erlauben zu glauben, irgendwie komme es dann schon gut. Denn noch können wir die schlimmsten Auswüchse der Klimakatastrophe verhindern. Und genau das wollen wir mit den Klimastreiks erreichen. Lange Zeit hatte ich das Gefühl, dass sich niemand sonst Sorgen um den Klimawandel mache – dass ich allein sei. Der Klimastreik hat mir das Gegenteil bewiesen. Das gibt mir Hoffnung.

**KAPITALISMUSKRITIK**

**Das Klimaabkommen von Paris fordert, dass die globale Durchschnittstemperatur um nicht mehr als 2 Grad Celsius steige. Um das zu erreichen, müssen laut Weltklimarat die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um 45 Prozent sinken und 2050 auf netto null fallen. Wie können wir das erreichen?**  
**Vesna:** Wir haben zwei Forderungen. Wir fordern, dass die Schweiz bis 2030 CO<sub>2</sub>-neutral sei und deshalb ohne fossile Brennstoffe funktionierte. Und wir fordern den Klimanotstand. Den haben ja verschiedene Städte (London, Oakland, Vancouver, Red.) bereits ausgerufen.

**Was ist denn für euch der Klimanotstand?**  
**Jonas:** Notstand bedeutet, dass der Klimawandel als Problem über allem steht. Wenn wir das nicht lösen, dann spielt alles andere keine Rolle mehr.

**Patricia:** Wir haben den Notstand noch nicht genau definiert. Viel wichtiger ist doch, dass wir gemeinsam darüber nachdenken, wie dieser Notstand aussieht. Wir sprechen darüber, was sich alles grundlegend ändern müsste.

**«Kapitalismus ist nicht vereinbar mit Umweltschutz.»**

NADIA

zerne nicht mehr alle die Dinge produzieren, die wir gar nicht wollen und die uns schaden.

**Ihr wollt also weniger Konsum. Ist das auch eine Kritik am Wirtschaftssystem, am Kapitalismus?**  
**Fanny:** Ich weiss nicht. Wir sind ja mega breit aufgestellt, nicht alle sind dieser Meinung. Aber es stört mich schon sehr, dass ich gar keine Möglichkeit habe, CO<sub>2</sub>-neutral zu leben. Es geht einfach nicht. Da muss man doch was verändern.  
**Nadia:** Ich finde, das kapitalistische System ist nicht vereinbar mit Umweltschutz, und auch nicht mit einer so drastischen Reduktion der Treibhausgase, wie wir sie brauchen. Aber an der ersten nationalen Sitzung haben wir es leider nicht geschafft, einen Konsens zu finden bezüglich Systemwandel.  
**Jonas:** Ich finde, wir haben das ziemlich clever gelöst. Wir haben nur zwei Forderungen,

und die sind nicht verhandelbar. Wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden, dann müssen wir das System verändern.  
**Nadia:** Also, ich bin schon für eine Postwachstums-Ökonomie\*.

**SYSTEM ODER VERHALTEN ÄNDERN?**

**An wen richten sich eure Forderungen?**  
**Fabian:** An alle!  
**Jonas:** Man versucht seit 30 Jahren, die Klimaerwärmung zu stoppen, und es hat noch immer nicht geklappt. Darum ist für mich klar: es braucht den Systemwandel. Aber es braucht natürlich auch individuelle Verhaltensänderungen. Sonst kommen wir gar nicht dorthin.  
**Vesna:** Der Grossteil der Bevölkerung wird sich ohne Druck nicht ändern. Beim Rauchen war es auch so. Die Raucherinnen und Raucher haben ja nicht aus Sorge um ihre Mitmenschen damit aufgehört, in Innenräumen zu rauchen. Sondern es brauchte zuerst Vorschriften und Verbote.

**Fanny:** Die grüne Bewegung versucht schon lange, den Leuten zu sagen, «fliegt weniger, essst weniger Fleisch, kauft Kleider aus nachhaltiger Produktion», aber das hat nichts genützt. Die Treibhausgasemissionen steigen immer weiter.  
**Nadia:** Die Emissionen beginnen bei der Produktion von Gütern. Also muss die Reduktion dort beginnen. Dann müssten wir nicht mehr entscheiden, kaufen wir jetzt Bio oder nicht, sondern wir hätten nur noch Produkte aus nachhaltiger Produktion. Sonst bleibt es eine mega Luxusfrage, weil sich nicht alle Bio leisten können.

**Vesna Müller (17), Gymnasiastin, Wetzikon ZH**



**Vesna ist in der Klimastreik-Arbeitsgruppe für Öffentlichkeitsarbeit. Sie reitet, hat Musik gemacht, und ist Leiterin beim Jugendverband Cevi. Ihre Familie legt Wert auf erneuerbare Energien, hat Sonnenkollektoren auf dem Dach. Vesna versucht, möglichst wenig Fleisch zu essen, und sie kauft ganz allgemein weniger Dinge.**

**Konzentriert sitzen die fünf Jugendlichen da, nippen an ihren Chais mit Hafermilch, hören einander diszipliniert zu. Um ihre Zustimmung kundzutun, schütteln sie die Hände in der Luft. Das Zeichen für Klatschen in der Gebärdensprache. Das hätten schon die 68er so gemacht, erklärt Jonas.**

**Sind die 68er Vorbilder für euch?**  
**Fanny:** Nicht wirklich. Aber es wäre mega cool, wenn wir so in die Geschichte eingehen würden.  
**Jonas:** Wenn wir unsere Forderungen durchsetzen, dann wären die 68er ja ein Klacks dagegen. Dann wäre es der grösste Umbruch in der Geschichte der Menschheit.



**Patricia Kudrnac (20), Frauenfeld TG**

**Patricia hat ihr Studium der Internationalen Beziehungen in Genf abgebrochen und widmet sich gerade Vollzeit der Klimabewegung.**

**Sie macht sehr viel und sehr gerne Yoga, spielt Klavier und Gitarre. Menschen sind ihr sehr wichtig. Und die Liebe. Patricia ernährt sich vegan.**

**Also nicht die 68er Bewegung. Aber wer sind denn eure Vorbilder?**  
**Nadia:** Greta Thunberg ist sehr toll und macht einen unglaublich guten Job. Aber gleichzeitig wird von den Medien verbreitet, dass wir alle so sein wollen wie sie. Sosehr ich auch schätze, was sie macht, glaube ich doch, dass wir unsere eigenen Vorbilder sind. Wir inspirieren uns gegenseitig.  
**Fanny:** Als ich ihre Rede sah, in der sie zum Klimastreik aufrief, war ich schon sehr beeindruckt.  
**Jonas:** Ich glaube, wir brauchen keine Vorbilder, weil der Wandel uns alle gleich betrifft. Vielleicht die einen mehr, die jetzt schon mehr unterdrückt sind.

**An den Klimastreiks sind Partei-Plakate und Transparente verboten. Wieso wollt ihr keine Verbündeten aus der Politik?**  
**Fabian:** Ich fände das falsch, weil wir dann in die Parteipolitik hineingezogen würden. Wenn eine Partei Geld gibt, dann erwartet sie eine Gegenleistung. Ich finde es schön, dass die Bewegung von Schülerinnen und Schülern ist und eben nicht von etablierten Parteien. Das macht bin bei den Jusos und nutze meine Erfahrung und mein Wissen natürlich auch für den Klimastreik. Aber ich denke, wir müssen breiter aufgestellt sein als die Parteien.

**VIRTUELLE TREFFEN**

**Mittlerweile sind in der Schweiz Tausende Schülerinnen und Schüler in der Klimabewegung aktiv. Wie organisiert ihr euch?**  
**Patricia:** Wir haben Organisationskomitees für spezielle Anlässe und Arbeitsgruppen für Gremien, die es immer braucht. Wie beispielsweise Communication, Education und Values, Coordination, Institutional Relations, Strategy and Future. In den Arbeitsgruppen sind es jeweils ungefähr 20 Leute. Sie treffen sich an Discord-Meetings. Das ist eigentlich eine Gamer-Plattform, so ähnlich wie Skype, die wir nun für unsere Treffen nutzen.  
**Jonas:** Mittlerweile sind wir auch international über Discord vernetzt. Aber auch über Facebook und Whats-App-Chats.

**Die Jugendlichen sind in dieser digitalen Welt zu Hause, sie gehören zur Generation der Digital Natives. Aber sie können auch ohne. Die Handys bleiben in den**

Taschen, kein einziges Mal wird das über zweistündige Gespräch unterbrochen. Die Prioritäten sind eindeutig.

**SOZIALE ÖKONOMIE**

**Der Klimawandel bringt mehr von Extrem-Ereignissen, steigenden Meeresspiegeln, schmelzenden Gletschern. Wie betrifft euch der Klimawandel konkret?**  
**Jonas:** Mich persönlich schränkt der Klimawandel noch nicht ein.  
**Fanny:** Das ist ja das Problem. Man merkt es fast nicht im persönlichen Leben.  
**Fabian:** Ich habe eine Zeitlang bei einem Bauern gearbeitet. Und unter Bauern ist der Klimawandel absolut ein Thema. Zum Beispiel die Apfelsorten, die es in der Schweiz nicht mehr gibt, weil es zu warm ist.  
**Nadia:** Es gibt heute schon Menschen, die klimabedingt migrieren. Menschen im globalen Süden sind vom Klimawandel besonders stark betroffen.

**Der Klimawandel ist also auch ein soziales Problem.**  
**Jonas:** Ich denke, dass Klimaschutz häufig zulasten der Arbeiterinnen und Arbeiter ging. Wirtschaftswachstum und trotzdem CO<sub>2</sub>-Emissionen senken, um jeden Preis. Dabei wurde völlig ignoriert, dass da noch Menschen sind im System.

**«Der Grossteil der Menschen wird sich ohne Druck nicht ändern.»**

VESNA

kommen. Präsident Emmanuel Macron will jetzt auf Kosten dieser Leute Klimaschutz betreiben. Wenn in Frankreich das ÖV-Netz funktionieren würde, hätte es nicht solche grosse Proteste gegen die Treibstoffsteuer gegeben. Statt da aber zu investieren, wurden die Unternehmenssteuern gesenkt. Und ich glaube, es geht um Empathie. Die Empathie bringt Feminismus, soziale Themen und die Umwelt zusammen.

**Zurück in die Schweiz. In der Debatte um das CO<sub>2</sub>-Gesetz im Nationalrat war**

**Fabian Uetz (18), Orgelbauer-Lehrling, Wettingen AG**

**Fabian sieht sich an der Front der Klima-Aktivistinnen. Er ist in der Pradi, bei der Drogen- und Suchtprävention dabei und arbeitet beim Roten Kreuz mit Migrantinnen und Migranten. Fabian ernährt sich vegan. Er ist derjenige, der in der Bude immer die Lichter und Maschinen abstellt. Und er fährt immer mit dem Zug in die Ferien.**



von bürgerlicher Seite zu hören, dass die Schweiz in Sachen Klimaschutz schon genügend mache.  
**Fanny:** Die Schweiz steht nur so gut da, weil sie Geld im Ausland investiert.  
**Nadia:** Der Finanzplatz ist durch seine Investitionen in fossile Energieträger für viel mehr Treibhausgase verantwortlich, als in der Schweiz produziert werden.  
**Jonas:** Die ganze graue Energie, beispielsweise der Transport von Gütern, wird nicht einberechnet, auch die Flugkilometer nicht. Kommt hinzu, dass die Schweiz einen Grossanteil der klimaschädlichen Industrie ins Ausland verlagert hat.  
**Nadia:** Und natürlich müssen auch die ganzen Rohstofffirmen in Genf und Zug zur Verantwortung gezogen werden. Auch mit der Konzernverantwortungsinitiative\*!

**Nadia Kuhn (21), Gymnasiastin, Maur ZH**

**Nadia möchte eine Ansprechperson für den Klimastreik vom 15. März sein. Sie ist Juso-Co-Präsidentin des Kantons Zürich und aktiv für den Frauenstreik vom 14. Juni 2019. In ihrer Freizeit liest sie gerne und trifft sich mit Freundinnen. Nadia ist seit neun Jahren Vegetarierin, will niemals Auto fahren lernen, sie fliegt seit drei Jahren nicht mehr und kauft nur noch Second-Hand-Kleider.**



JONAS

**Viel wurde in den letzten Wochen darüber diskutiert, ob es legitim sei, für das Klima die Schule zu schwänzen. Wie sind die Reaktionen in eurem Umfeld?**  
**Vesna:** Bei uns am Gymi sind die Reaktionen positiv. Ich glaube, es sind viele froh, dass endlich jemand etwas macht.  
**Fabian:** Auch mein Chef hat viel Verständnis.  
**Fanny:** Mein Vater ist sehr froh, dass endlich etwas passiert. Er hat jetzt über 20 Jahre darauf gewartet. Ich musste meinen Eltern jedoch schon erklären, weshalb ich das während der Schulzeit machen müsste. Aber ein Streik muss nun mal auf Schul- oder Arbeitszeit gehen, und solche Aktionen haben während der Schulzeit viel mehr Wirkung.

**Bereits 1992 verpflichtete sich die Staaten-gemeinschaft in Rio de Janeiro mit der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen zur Verringerung ihrer Treibhausgasemissionen. Weshalb kommt es erst jetzt zu einer Protestbewegung?**  
**Fanny:** Ich glaube, es ist Trägheit. Es war ja bisher nichts vom Klimawandel fühlbar.  
**Nadia:** Das Problem ist, dass die Freiheit der Wirtschaft viel höher eingestuft wird als der Zustand unseres Planeten.  
**Fanny:** Der Klimawandel wurde halt immer schöngeredet. Viele glaubten daran, dass der Markt und die neuen Technologien die Lösung herbeiführten.

**ÖKOLOGISCHER UMBAU**

**Es gibt doch erneuerbare Energien und technologischen Fortschritt. Etwa die Lagerung von CO<sub>2</sub> im Gestein. Sind diese neuen Technologien keine Lösung?**  
**Fanny:** Wir reden immer von Technologien, die es noch nicht gibt oder die noch ungenügend erforscht sind. Wenn es jetzt eine Technologie gäbe, um CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre zu saugen, dann fände ich das natürlich super und würde das unterstützen. Aber die gibt es nicht. Und deshalb finde ich es sehr fragwürdig, damit zu rechnen.

**Nadia:** Mit dem Glauben an die Technologien versucht man, das System mit aller Macht am Leben zu erhalten. Mit dem Versprechen, dass wir nichts ändern müssen, da die Technologien alles heilen werden. Das nimmt die Politikerinnen und die Politiker und auch die Wirtschaft völlig aus der Verantwortung.  
Denn die Technologien gibt es nicht, oder sie brauchen so viel Platz und Energie, dass sie überhaupt nicht mehr effizient wären. Deshalb ist das der falsche Weg.

**Und welchen Weg schlägt ihr jetzt ein?**

**Jonas:** Wir haben nicht mehr ewig Zeit, die Klimaziele zu erreichen. Auch wenn diese Bewegung aussterben würde, müsste es logischerweise danach wieder eine Bewegung geben, weil das Problem ja nicht gelöst ist.  
**Nadia:** Es ist mega wichtig, dass wir nicht ausbrennen an dieser Sache. Es bringt ja nichts, wenn wir in zwei Monaten schon nicht mehr können. Wir müssen unsere persönlichen Grenzen respektieren. So wie wir lernen müs-

**Jonas Kampus (17), Gymnasiast, Wetzikon ZH**

**In der Bewegung sieht Jonas sich als «Mädchen für alles», er ist auf nationaler und globaler Ebene aktiv. Vor dem Klimastreik hat er gerne programmiert und fotografiert. Er ist Basismitglied der Jusos. Seit vier Jahren ernährt er sich vegan. Seine Familie hat kein Auto mehr, kauft das Gemüse vom lokalen Bauern und fährt mit dem Zug in die Ferien.**



sen, empathisch mit unserem Planeten umzugehen, so müssen wir auch mit unserer Bewegung umgehen.  
**Fanny:** Ich kann sicher jetzt nicht einfach aufhören, an den Klimaschutz, an den sozialen Wandel zu denken.  
**Patricia:** Das nächste nationale Treffen ist am 24. und 25. Februar in Bern. Und der nächste Streik am 15. März. Es ist klar, dass wir eine Bewegung sind, die Druck aufbauen will. Es ist uns auch wichtig, dass wir nachhaltig sind. Es soll ein soziales Experiment sein. Wir haben Lust auf Veränderung!

**GLOSSAR**

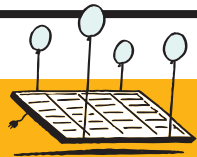
**Greta Thunberg:** Die 16jährige Schülerin ist eine schwedische Umweltaktivistin (work berichtete). Sie gilt als Gründerin der Klimabewegung. Jeden Freitag protestiert sie vor dem schwedischen Parlament, anstatt in die Schule zu gehen.

**Ökofeministinnen:** Ökofeminismus ist die soziale und politische Bewegung, die ökologische Fragen und Anliegen mit feministischen Analysen verbindet. Ökofeministische Ansätze gehen von der strukturellen Ähnlichkeit der Herrschaft über die Natur und über die Frauen aus.

**Postwachstums-Ökonomie:** Sie bezeichnet eine Verringerung von Konsum und Produktion und damit auch eine Verringerung des Wachstums als ein Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Wohlbefinden.

**Konzernverantwortungsinitiative:** Konzerne mit Sitz in der Schweiz sollen bei sich und ihren Tochterfirmen im Ausland sicherstellen, dass sie die Menschenrechte respektieren und Umweltstandards einhalten, also sorgfältig wirtschaften. Menschenrechtsverletzungen und Missachtung von internationalen Umweltstandards sollen neue Konsequenzen haben, und die Konzerne sollen dafür haften. [www.konzerninitiative.ch](http://www.konzerninitiative.ch)





# CO<sub>2</sub>-freie Schweiz: Bis spätestens 2035 ist das machbar

**Zehntausende Jugendliche in der Schweiz gehen fürs Klima auf die Strasse. Sie müssen wissen: Ein schneller ökologischer Umbau ist möglich.**

Die Jugend fordert bis 2030 eine CO<sub>2</sub>-freie Schweiz. Die eidgenössische Gletscherinitiative, die nächsten lanciert wird, will dieses Ziel erst 20 Jahre später erreichen. Wie schnell kann die Schweiz zu welchen Kosten aus den fossilen Energien aussteigen? Das Jahr 2035 ist realistisch, weil die Schweiz eigentlich die besten Voraussetzungen hat.

**Trümpfe 1 und 2:** Die Schweiz produziert 60 Prozent ihres Stroms mit Wasserkraft. Und die Schweiz hat eher zu viel als zu wenig Pumpspeicherwerke. Wichtiger: In den Schweizer Stauseen kann man 12 Milliarden Kilowattstunden Strom speichern für die wenigen Fälle, in denen im Winter zeitgleich der Wind nicht bläst und die Sonne nicht scheint. In Zeiten von «Dunkelflauten».

**Trümpfe 3 und 4:** Windenergie produziert – im Gegensatz zu den Wasserkraftwerken – im Winter mehr Strom als im Sommer. Genau wie alpine bifaziale (sie nutzen Vorder- und Rückseite) Solarkraftwerke. Wenn wir in der Schweiz nur wenige Windkraftwerke zulassen, dann können wir diese – etwa in Norwegen oder in der Ostsee – erstellen lassen. So wie dies einige Schweizer Energieunternehmen bereits machen. Bifaziale alpine Kraftwerke werden so

oder anders ein Megathema werden.

**Trumpf 5:** Wenn ab 2025 alle neu zugelassenen Lastwagen, Busse und Autos kein Benzin oder Diesel mehr verbrennen dürfen, reichen 17 Milliarden Kilowattstunden Strom, um diese mit Elektroantrieben vorwärts zu bewegen.

**Trumpf 6:** Luft-Wasser-Wärmepumpen werden immer leiser, immer effizienter und immer billiger. Mit einer Kilowattstunde Strom lassen sich bereits heute 4 Kilowattstunden Wärme erzeugen. Tendenz: immer leiser, immer effizienter, immer billiger.

Schneller ökologischer Umbau bedeutet somit schnelle Elektrifizierung dank und mit neuen, erneuerbaren Energien.

**SONNENERNTE.** Wir brauchen – wenn wir die Umstellung in Sachen Verkehr, Heizung, Warmwasser und Prozesswärme vorantreiben – im Jahre 2035 irgendwo zwischen 100 und 130 Milliarden Kilowattstunden Strom aus Wasser, Wind und Sonne. Je nachdem wie stark wir die Effizienz auf allen Ebenen erhöhen. Wie



**PREISWÜRDIG: 60 000 Schülerinnen und Schüler gingen in der Schweiz auf die Strasse. Unterstützt wurden sie auch von unserem SP-Nobelpreisträger Jacques Dubochet.** FOTO: KEYSTONE

hoch der Verbrauch genau sein wird, spielt neu keine entscheidende Rolle. Weil inzwischen der Zubau von Windkraftwerken und Solarstromanlagen spottbillig geworden ist. Von Schaffhausen nach Donaueschingen sind es nur 40 Minuten. Hier entsteht ab dem kommenden Juli das grösste bifaziale Solarkraftwerk Europas. Die Vorteile:

- Pro Kilowattstunde, die man pro Jahr produziert, muss man nur 76 Rappen investieren.
- Dank der vertikalen Aufständerung kann man 95 Prozent des Bodens weiterhin landwirtschaftlich effizient nutzen.

- Solarenergie wird dank der Ost-West-Ausrichtung vor allem in den Morgen- und in den Abendstunden produziert.
- Bifaziale Zellen sind beidseitig verglast und weisen deshalb eine grössere Lebensdauer auf.

Wie lange wird es dauern, bis die Schweizer Bauern dieses Geschäft für sich entdecken? Am meisten Potential haben unsere Bergbauern: Erstens ist der Ertrag in den Alpen höher, und zweitens fällt der Strom mehrheitlich im Winter an. Das beweist die Testanlage auf mehr als 2000 Metern über Meer in Davos.

- LINKS ZUM THEMA:**
- **next2sun.de** Ist es sinnvoller, möglichst viele Dachflächen mit Solarzellen zu versehen? Oder ist es sinnvoller, auf 10 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche der Schweiz gleich viel Strom zu produzieren wie mit der Wasserkraft? Viele Wege führen nach Rom. Das Start-up-Unternehmen Next2sun setzt auf die Bäuerinnen und Bauern. Das ist eine Chance, aber auch eine Gefahr. Die Bauern haben die stärkste Lobby in Bern. Wenn sie den Braten neuer Solar-Subventionen riechen, werden sie erfolgreich zu scharren beginnen. Die Gefahr ist gross, dass sie den ökologischen Umbau unnötig verteuern.
  - **rebrand.ly/greta-thunberg** Der Flügelschlag eines Schmetterlings kann eine Lawine auslösen. Greta Thunberg ist 16 Jahre alt. In einem vom Onlineportal Watson auszugsweise wiedergegebenen Brief geht sie geschickt und einfühlsam auf viele Fragen ein: Wer berät sie? Was hat ihre Krankheit mit der Form ihres Protests zu tun? Warum gibt es heute nur mehr Schwarz oder Weiss?
  - **rebrand.ly/aktiencheck** Es kommen laufend effizientere bifaziale Zellen auf den Markt.
  - **rebrand.ly/solarpark** EnBW ist die Mutter der EnAlpin. Sie will mit Weesow-Willmersdorf in der Nähe von Berlin einen subventionsfreien Solarpark schaffen. Und damit 50 000 Haushalte versorgen. Die Strombranche ist elektrisiert. Ein spannender Foliensatz.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERAT



## So scharf wie wir schreiben, so spitz lassen wir zeichnen.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.



# Das waren und wollten die Schweizer Trotzlisten Sibir: Die wahre Revolution



**RML-THEATER: Der 1973 gestürzte und erschossene chilenische Präsident Salvador Allende in einer Aufführung 1974 in Bern.**  
FOTO: PHILIPPE GRAEF / AEHMO

**Die Trotzlisten-Bewegung in der Schweiz war klein, aber einflussreich. Jetzt liegen ihre Memoiren und Dokumente vor.**

RALPH HUG  
Er war der «eiskalte Revolutionär». Aber nur in der Werbung. Der junge Ingenieur Hans Stierlin erfand 1944 den geräuschlosen Kühlschrank. Er gründete die Firma Sibir und begann, in Schlieren einen günstigen Kühlschrank fürs Volk zu produzieren. Das Gerät veränderte Tausende von Schweizer Haushalten. Eine echte Revolution. Doch die Umwälzung, die Stierlin eigentlich im Sinne hatte, blieb aus. Er war Trotzlist und glaubte an einen unbürokratischen Sozialismus.

**HEIMLICHE FINANZIERUNG**  
Stierlin war seit der Jugend ein Anhänger des russischen Revolutionärs Leo Trotzki, der die «permanente Revolution» propagierte. Heimlich finanzierte Stierlin die Gruppierung «Marxistische Aktion Schweiz». Geld gab er auch dem Publizisten Heinrich Buchbinder, einst der bekannteste

**RML/SAP-Ehemalige: Blick zurück, ohne Zorn**

Im Sozialarchiv Zürich lagern viele Dokumente der trotzlistischen Bewegung. Sie werden jetzt wissenschaftlich aufgearbeitet. Die Zeitschrift «Aether» gibt darüber Auskunft ([www.aether.ethz.ch](http://www.aether.ethz.ch)). Demnächst erscheint der Sammelband von Jacqueline Heinen «1968... Jahre der Hoffnung» im Verlag Edition 8 ([www.edition8.ch](http://www.edition8.ch)). 110 Ehemalige blicken im Rahmen eines kollektiven Memoirenprojekts auf ihr Engagement zurück. Wer sich schon jetzt einlesen will: [rebrand.ly/aeemo](http://rebrand.ly/aeemo).

Trotzlist im Land. Als Unternehmer blieb er aber im Hintergrund. In seiner Fabrik experimentierte er mit fortschrittlichen Arbeitsbedingungen. Es gab Einheitslöhne und reduzierte Arbeitszeiten. So düpierte der linke Patron die rechte Metallgewerkschaft Smuv.  
Sibir gibt's immer noch, wenn auch nur noch als Handels- und Ser-

vicefirma. Ebenso lebt die trotzlistische Bewegung weiter, vor allem in der Westschweiz mit dem «Mouvement pour le socialisme» oder bei einer jüngeren Generation mit der Zeitschrift «Der Funke».

**BERUFSREVOLUTIONÄR**  
Die Hochblüte war jedoch in den 1970er Jahren. Damals formierte sich die «Revolutionäre Marxistische Liga» (RML). Sie zählte rund tausend Aktive und verstand sich als Teil der IV. Internationale, eines Verbunds von trotzlistischen Gruppen, die gegen den Stalinismus waren. Man sah sich als Avantgarde und fühlte sich als Berufsrevolutionär. Wichtig waren theoretische Schulung, Hingabe an die Partei und Selbstdisziplin. Es gab pro Woche bis zu sechs Sitzungen. Dies ist in den Memoiren von 110 Ehemaligen nachzulesen, die online publiziert sind und bald in Buchform erscheinen (siehe Box). Als die Frauen-, Anti-AKW- und Ökobewegung Fahrt aufnahm, mutierte die strenge Programmpartei RML 1980 zur «Sozialistischen Arbeiterpartei» (SAP). Laut Marx soll ja die Arbeiterklasse Trägerin der Revolu-

tion sein. RML-Exponenten machten bei den Gewerkschaften Karriere, etwa Vasco Pedrina oder Andreas Rieger, die beide die Unia führten. Andere in Verwaltung und Wirtschaft wie Serge Gaillard, heute Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, oder Ex-Novartis-Chef und Grossabzocker Daniel Vasella. Jo Lang wurde als grüner Nationalrat und Hanspeter Uster als Zuger Regierungsrat bekannt.

**Viele Trotzlisten machten steile Karrieren.**

Fast vergessen ist heute das Engagement von Trotzlisten während des algerischen Unabhängigkeitskampfes in den 1950er Jahren. Unter ihnen der Journalist Walter Kern, der Reportagen für die Gewerkschaftspresse schrieb. Der Staatsschutz hatte die RML-Leute ständig im Visier. Sie wurden lückenlos überwacht und haben dicke Fichen. Dies, obwohl sie letztlich bloss «Revolutionäre ohne Revolution» gewesen seien, wie sich ein Ehemaliger heute ausdrückt.

## Veranstaltung von work und Denknetz Das ist der Gender Gap

Wie erklärt eine feministische Ökonomin die Ungleichheit zwischen Mann und Frau? Mascha Madörin ist dazu in der Schweiz die berufene Stimme. In zahlreichen Arbeiten hat sie den sogenannten Gender Gap untersucht. Mit Blick auf den Frauenstreik vom 14. Juni spricht Madörin im Zürcher Kulturzentrum Kosmos. Das Referat wird umrahmt von einem Beitrag der Soziologin Ruth Gurny vom Denknetz. Dazu diskutieren Regula Bühlmann vom Gewerkschaftsbund und Juso-Präsidentin Tamara Funicello. work ist Mitorganisatorin der Veranstaltung.

**Frauenstreik und Gender Gap. Mit dem Denknetz und work.** Kulturzentrum Kosmos (beim HB Zürich), Montag, 25. März, 20 Uhr. Eintritt frei. [www.kosmos.ch](http://www.kosmos.ch)

## Trickfilm zur Steuerflucht 7,6 Billionen versteckt

Ein Prozent der Weltbevölkerung hat mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen. So griffig bilanziert die Nichtregierungsorganisation Oxfam. Die weltweite soziale

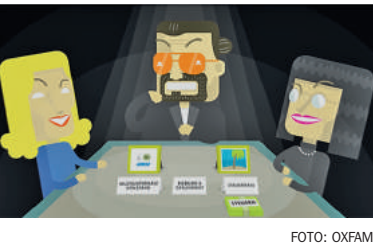


FOTO: OXFAM

Ungleichheit sei dramatisch. Dies vor allem wegen des Systems der Steueroasen, wo Konzerne und Private Gewinne und Vermögen vor den Steuerbehörden verstecken. Allein reiche Einzelpersonen hielten dort unglaubliche 7,6 Billionen US-Dollar versteckt. Oxfams Botschaft: Wer soziale Ungleichheit bekämpfen will, muss Steueroasen trockenlegen. Dies hat Oxfam in einem einminütigen Animations-Kurzvideo auf seiner Website illustriert. Anschauen lohnt sich!

[rebrand.ly/steuerflucht](http://rebrand.ly/steuerflucht)

## ILO-Report Zukunft der Arbeit

Welche Zukunft für unsere Arbeit? Das hat sich die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) mit Sitz in Genf aus Anlass ihres 100. Geburtstags gefragt. Entstanden ist ein wegweisender Bericht. Die ILO fordert unter anderem die Einführung einer allgemeinen Garantie für Arbeitnehmende, damit alle unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten können. Gesamtarbeitsverträge und Aufsichtssysteme müssten gestärkt werden, daher auch die Gewerkschaften. Sie alle seien Bausteine gerechter Gesellschaften. Der Bericht postuliert ferner Investitionen in das lebenslange Lernen, um den technologischen Wandel zu meistern. Der Report kann in einer deutschen Fassung heruntergeladen werden.

**Für eine bessere Zukunft arbeiten,** 75 Seiten. [rebrand.ly/ilo](http://rebrand.ly/ilo)

## work1xl der wirtschaft

Hans Baumann



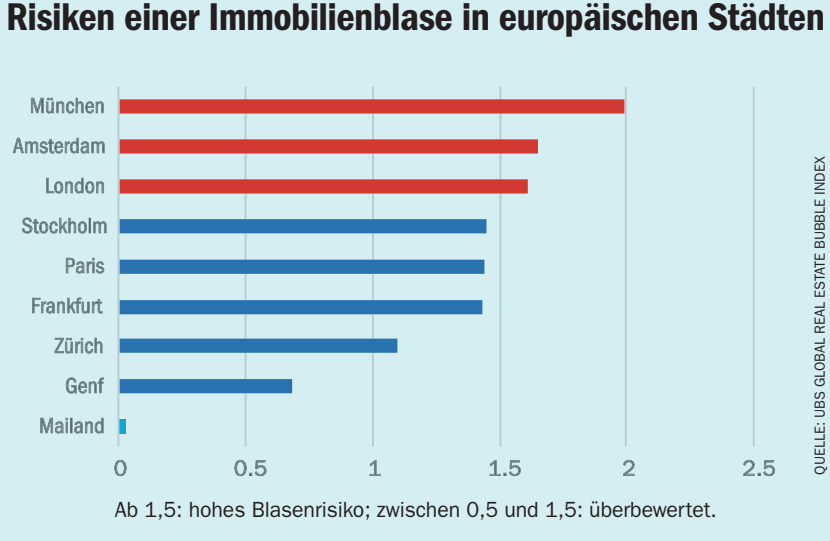
## IMMOBILIENMARKT: CRASH ODER SANFTE LANDUNG?

Bis vor wenigen Monaten sind die Liegenschaftspreise und die Wohnungsmieten in der Schweiz rasant gestiegen. Rekordtiefe Zinssätze haben es auch Mittelstandsfamilien erlaubt, Wohnungen zu kaufen anstatt zu mieten. Zum ersten Mal ist in der Schweiz der Anteil der Eigentumswohnungen am Gesamtwohnungsbestand auf über 40 Prozent gestiegen. Aber auch private Investoren, Firmen und Pensionskassen haben immer häufiger in Liegenschaften oder Immobilienfonds als lukrative Anlageobjekte investiert. Das hat die Immobilienblase zusätzlich aufgebläht. In den letzten Jahren wurden Hunderttausende von neuen Wohnungen und Bürogebäuden gebaut.

**EUROPAWEIT.** In vielen Ländern Europas verlief die Entwicklung ähnlich. Kein Wunder, dass die Angst vor einem Immobilienkrash umgeht. Die Erinnerung an 2007 sind wach. Damals löste der Immobilienkrash in den USA eine weltweite Krise aus. Was passiert,

wenn die Nationalbank im Schlepptau der Europäischen Zentralbank die Zinsen erhöhen muss? Was passiert, wenn plötzlich Tausende von Liegenschaften leer stehen oder Bauruinen bleiben? Tatsächlich ist der Leerwohnungsbestand vor allem ausserhalb der Agglomerationen deutlich gestiegen, und die Vermietenden locken teilweise mit attraktiven Rabatten, um ihre Wohnungen los zu werden.

**MITTELFELD.** Im Moment deutet in der Schweiz alles eher auf eine sanfte Landung als einen Crash hin: Letztes Jahr wurden deutlich weniger Wohnungen gebaut, trotzdem steht die Bautätigkeit nicht still, sondern produziert auf einem tieferen Niveau weiter. Die Liegenschaftspreise und Mieten haben sich etwas beruhigt, sind aber nicht im freien Fall. Zinserhöhungen sind zu erwarten, aber kaum schubweise. Laut «Blasenrisiko-Index» der UBS, der die Abweichung der Liegenschaftspreise von anderen Indikatoren wie Konsum-



umentenpreisen oder Einkommen misst, liegen Schweizer Grossstädte international im Mittelfeld. Die Liegenschaften sind zwar stark überbewertet, das Blasenrisiko ist in anderen Städten aber bedeutend höher. Für junge

Familien, die in einer Stadt eine Wohnung suchen, ist dies ein schwacher Trost. Bezahlbare Wohnungen sind dort nach wie vor ein knappes Gut.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.





**Das offene Ohr**  
David Aeby  
von der Unia-Rechtsabteilung  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Chronisch Rücken-weh: Muss ich mich bei der IV anmelden?

Ich bin schon seit über einem halben Jahr krank geschrieben wegen eines Rückenleidens. Inzwischen hat mir mein Chef gekündigt, und die Krankentaggeldversicherung schreibt mir, ich müsse mich bei der IV anmelden. Ich habe leider nicht viel Hoffnung, dass das mit meinem Rücken langfristig wieder gut kommt. Soll ich mich jetzt bei der IV anmelden?

**DAVID AEBY:** Ja. Krankentaggeldversicherungen zahlen maximal 720 Taggelder, also zwei Jahre lang. Häufig stellen sie die Leistungen bereits früher ein, wenn sie Sie zum Beispiel zum Vertrauensarzt geschickt haben und dieser der Meinung ist, Sie könnten in einem anderen Beruf trotz ihrem Leiden arbeiten. Die Krankentaggeldversicherung kann Sie zwar rechtlich nicht zwingen, sich bei der IV anzumelden, aber wenn Sie und Ihre Ärztinnen der Meinung sind, Sie seien nach spätestens zwei Jahren nicht wieder voll arbeitsfähig, dann ist die IV-Anmeldung nötig. Denn die IV zahlt frühestens sechs Monate nach der Anmeldung. Sonst stehen Sie bald ohne Job und ohne Geld da und können sich nicht einmal bei der Arbeitslosenkasse anmelden, da sie nicht vermittlungsfähig sind. Die IV wird Ihnen dagegen, sofern ihre Ärzte auch zum Schluss kommen, Sie seien arbeitsunfähig, eine Umschulung und/oder je nach Schweregrad eine Rente zahlen. Zahlt die IV eine Rente, haben Sie auch Anspruch auf eine Invalidenrente Ihrer Pensionskasse. Und sollte das zum Leben nicht ausreichen, können Sie Ergänzungsleistungen anfordern.

## RS: Wieso erhalte ich nicht 80 Prozent meines Lohnes?

Ich arbeite in einem Büro als kaufmännischer Angestellter und verdiene monatlich 5000 Franken. Nun musste ich in die Rekrutenschule einrücken und sah auf meiner Lohnabrechnung, dass ich in dieser Zeit nur 2500 Franken verdiene. Dabei hat mir ein Kollege gesagt, man bekomme während des Militärs von seinem Arbeitgeber 80 Prozent des Lohnes. Müsste ich nicht 4000 Franken bekommen?

**DAVID AEBY:** Nein. Die Ausgleichskasse zahlt zwar grundsätzlich dem Arbeitgeber für seine Angestellten 80 Prozent des Lohnes für militärbedingte Abwesenheiten. Dies gilt aber nur für die Wiederholungskurse (WK), «normale» Zivildienstesätze und Zivilschutzzeinsätze. Die Rekrutenschule (RS) sowie der «lange» Zivildienstesatz sind davon ausgenommen. Für diese Zeit zahlt die Ausgleichskasse lediglich 62 Franken Erwerbsersatz pro Tag. Dies ergibt monatlich 1860 Franken. Dieser Betrag ist



**STRAMM UND KLAMM:** Während der RS gibt es nur 62 Franken pro Tag.

immer gleich hoch, egal wie gut verdienend der jeweilige Rekrut ist. Wenn er arbeitslos ist oder Student, erhält er dieses Geld direkt von der Ausgleichskasse ausbezahlt. Sonst, wie in Ihrem Fall, über den Arbeitgeber. Viele Arbeitgeber zahlen ihren Angestellten während der RS freiwillig etwas mehr als diese 1860 Franken. So sehen einige Gesamtarbeitsverträge eine Lohnzahlung von 50 Prozent während der RS vor. Ihre Firma handhabt das offensichtlich auch so.

## Die wichtigsten Informationen im Vorsorgeausweis

# So knacken Sie das Blatt mit

Der jährliche Vorsorgeausweis Ihrer Pensionskasse ist eine sperrige Lektüre. Aber eine wichtige. Schliesslich geht's um Ihr Geld – und um Ihre Rente!

MARTIN JAKOB

Stellen Sie sich vor, jede Gemeinde könnte für ihre Einwohner Identitätskarten nach eigenem Geschmack gestalten und müsste nur einige Minimalstandards einhalten. Das wäre lustig – und ganz schön unpraktisch. Was für Identitätsausweise zum Glück nicht gilt, ist bei den Pensionskassen dummerweise Realität: Jeder Vorsorgeausweis sieht wieder etwas anders aus. Im Gesetz steht nämlich nur, die Vorsorgeeinrichtung müsse ihre Versicherten jährlich «in geeigneter Form informieren». Und zwar mindestens über die Leistungsansprüche, den versicherten Lohn, den Beitragssatz und das Altersguthaben, die Organisation und Finanzierung sowie über die Mitglieder der paritätischen Verwaltung. Manche Kassen belassen es bei diesen obligatorischen Informationen. Andere, arbeitnehmerfreundliche bieten mehr. Zum Beispiel weisen sie auch die Verwaltungskosten aus oder zeigen auf, wie sich die Altersrente bei vorzeitiger Pensionierung verändert. Nachfolgend sind die Positionen erläutert, die in keinem Vorsorgeausweis fehlen dürfen.

### 1 Personaldaten

Sie enthalten neben den Personalien Ihre AHV- und Versichertennummer sowie das Datum des Eintritts in die Pensionskasse (PK). Es muss mit dem Datum des Eintritts in die Firma übereinstimmen.

### 2 Lohndaten

Der nach AHV versicherte Jahreslohn bildet die Basis für die Berechnung des versicherten Lohns. ● Obligatorisch versichert ist der Jahreslohn bis 85320 Franken. Ihre Lohnsumme minus den sogenannten Koordinationsabzug in Höhe von 24885 Franken ergibt den versicherten Lohn. Der maximale versicherte Lohn im Obligatorium liegt also bei 60435 Franken (85320 minus 24885 Franken). Hinzu kommt eine Sonderregel für kleine Einkommen. Sobald Sie



**ZAHLEN, BITTE:** Was von Ihrem Lohn für die zweite Säule abgeht und wie hoch Ihre Rente sein wird, steht im Vorsorgeausweis.

FOTO: FOTOLIA

|                        |                  |                    |              |
|------------------------|------------------|--------------------|--------------|
| <b>1 Personaldaten</b> |                  |                    |              |
| Name und Vorname       | Muster Heinz     | Eintritt           | 1. 1. 2018   |
| AHV-Nummer             | 756.2548.2546.21 | Rücktrittsalter    | 65           |
| Geburtsdatum           | 1. 1. 1972       | Beschäftigungsgrad | 100%         |
| Verheiratet            | ja               | Heiratsdatum       | 11. 11. 2011 |

### 2 Lohndaten

|                         |     |         |
|-------------------------|-----|---------|
| Bruttojahreslohn        | CHF | 84000.— |
| Versicherter Jahreslohn | CHF | 59115.— |

### Versicherte Leistungen

#### 3 Altersleistungen im ordentlichen Rücktrittsalter am 1. 2. 2037

|                                             |                      |              |
|---------------------------------------------|----------------------|--------------|
| Budgetiertes Altersguthaben                 | CHF                  | 325574.00    |
| Budgetierte jährliche Altersrente           | Umwandlungssatz 6,0% | CHF 19534.45 |
| Jährliche Pensionierten-Kinderrente je Kind | 20% der Altersrente  | CHF 3906.90  |

#### 4 Leistungen im Todesfall

|                                      |     |          |
|--------------------------------------|-----|----------|
| Jährliche Partner-/Partnerinnenrente | CHF | 10426.80 |
| Jährliche Waisenrente je Kind        | CHF | 3475.60  |

#### Leistungen bei Invalidität

|                                         |     |          |
|-----------------------------------------|-----|----------|
| Jährliche Invalidenrente                | CHF | 32600.00 |
| Jährliche Invaliden-Kinderrente je Kind | CHF | 3475.60  |

#### 5 Finanzierung

|                |                  |                    |                        |       |        |
|----------------|------------------|--------------------|------------------------|-------|--------|
|                | mtl. Sparbeitrag | mtl. Risikobeitrag | mtl. Verwaltungskosten | Total | 920.50 |
| Arbeitnehmende | CHF 369.45       | CHF 65.10          | CHF 25.70              | CHF   | 460.25 |
| Arbeitgebende  | CHF 369.45       | CHF 65.10          | CHF 25.70              | CHF   | 460.25 |

|                          |     |          |
|--------------------------|-----|----------|
| Sparbeitrag              | CHF | 8866.80  |
| Risikoprämien            | CHF | 1562.40  |
| Verwaltungskostenbeitrag | CHF | 616.80   |
| Gesamtbeitrag 2019       | CHF | 11046.00 |

#### 6 Total Altersguthaben am 1. 1. 2019

|                                 |     |          |
|---------------------------------|-----|----------|
| davon Altersguthaben gemäss BVG | CHF | 50426.60 |
| Maximale Einkaufssumme          | CHF | 32423.00 |



**WENN DAS TRAUMHAUS LOCKT:** Wer mit Geldern vom Pensionskonto das Eigenheim kauft, erlebt im Rentenalter möglicherweise ein böses Erwachen. FOTO: FOTOLIA

## Wohnungskauf mit Vorsorgegeld Ein riskanter Weg

**Zum Kauf von Wohneigentum können Sie Guthaben aus der zweiten Säule verwenden. Das ist aber ein Deal mit Tücken.**

MARTIN JAKOB

Endlich in den eigenen vier Wänden wohnen! Für manche ist das ein Lebenstraum, doch für viele bleibt er unerschwinglich. Zwar locken derzeit tiefe Schuldzinsen, aber die Wohnungspreise sind in den vergangenen Jahren in luftige Höhen gestiegen. Da wird bereits die Höhe des Eigenkapitals, das Sie aufbringen müssen, zum Knackpunkt. Denn die Bank verlangt in der Regel, dass Sie 20 Prozent des Kaufpreises aus eigenen Mitteln bezahlen.

Da wäre zum Beispiel eine tolle Eigentumswohnung im

Angebot, nahe ÖV und doch ruhig gelegen, vier Zimmer, grosser Balkon, für 600 000 Franken. Findet die Bank den Preis angemessen und ist Ihr Einkommen so hoch, dass die Belastung durch einen Hypothekarzinsatz von 5 Prozent und 1 Prozent Nebenkosten nicht mehr als einen Drittel Ihres Bruttolohnes beträgt, gewährt sie Ihnen ein Hypothekendarlehen bis zu 480 000 Franken. Die restlichen 120 000 Franken müssen Sie selber zusammenkratzen.

Nun haben Sie zwar immer schön gespart, aber auf den Sparkonti kommen doch nur 60 000 Franken zusammen. Das ist die Mindestsumme, welche die Bank an frei Gespartem von Ihnen verlangen muss. Weitere 10 000 Franken liegen auf einem Säule-3a-Konto, die dür-



# sieben Siegeln

mehr als 21 330 Franken verdienen, haben Sie die sogenannte Eintrittsschwelle überschritten und müssen versichert werden. Und zwar für mindestens 3555 Franken – die Differenz zwischen Eintrittsschwelle und Koordinationsabzug.

- **Überobligatorisch** kann Ihre Pensionskasse den Koordinationsabzug tiefer ansetzen (das ist ein Segen für Teilzeitarbeitende und Wenigverdienende) oder auch Lohnbestandteile über 85 320 Franken versichern.

**3 Altersleistungen**

Wie hoch wird Ihre Altersrente sein? Die interessanteste Angabe auf dem Vorsorgeausweis ist eine Schätzung. Sie geht davon aus, dass Sie bis zur Pensionierung mit

**WORKTIPP**

**DIE RENTE PLANEN**

Movendo, das Bildungsinstitut der Gewerkschaften, bietet zur Pensionsvorbereitung zwei Kurse an. Der Tageskurs «Rentenplanung» konzentriert sich auf die finanziellen Fragen der Pension, der Zweitageskurs «Vorbereitung auf die Pensionierung» befasst sich zusätzlich mit Fragen der Lebensplanung. Frühzeitige Buchung empfohlen! [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch)

gleichem Lohn weiterarbeiten und dass die gesetzlichen Vorgaben bis dahin unverändert bleiben.

**4 Leistungen im Todesfall / bei Invalidität**

Die Pensionskasse ist auch eine Lebensversicherung zugunsten Ihrer Hinterbliebenen: Im Fall Ihres Todes erhalten der Ehepartner und die Kinder eine Rente.

Bei unfall- oder krankheitsbedingter Invalidität erbringt die Pensionskasse ebenfalls eine Rentenleistung. Die im Ausweis genannte volle Rente gilt für eine Invalidität von mindestens 70 Prozent, bei Teilinvalidität fällt die Rente deutlich tiefer aus.

**5 Finanzierung**

Wie viel von Ihrem Lohn müssen Sie dieses Jahr für die Pensionskasse veranschlagen? Vom gesamten Betrag darf Ihnen höchstens die Hälfte belastet werden, die andere Hälfte bezahlt die Firma. Der

Sparbeitrag fliesst auf Ihr persönliches Pensionskonto, die Risikoprämie und der Verwaltungskostenanteil sind Abgaben, die nicht auf Ihr Vorsorgekonto fliessen. Ist Ihr Abzug deutlich höher als im Jahr zuvor? Das kann daran liegen, dass Sie eine neue Altersstufe erreicht haben, denn die sogenannten Altersgutschriften steigen mit zunehmendem Alter. Und zwar so (in Prozent des versicherten Lohns; die Kasse kann höhere Werte festsetzen, aber keine tieferen):

|                    |                  |
|--------------------|------------------|
| Bis 24 Jahre:      | kein Sparbeitrag |
| 25–34 Jahre:       | 7 Prozent        |
| 35–44 Jahre:       | 10 Prozent       |
| 45–54 Jahre:       | 15 Prozent       |
| 55 und mehr Jahre: | 18 Prozent       |

**6 Altersguthaben**

Ihr Altersguthaben ist die Summe der durch Sie und die Firma geleisteten Sparbeiträge plus Zinsgutschriften. Meistens wird hier eine Gesamtsumme genannt und dazu ein Teilbetrag als «Altersguthaben gemäss BVG» separat ausgewiesen. Grund dafür: Auf diesem Teil des Guthabens muss die Pensionskasse mindestens ein Prozent Zins vergüten. Im überobligatorisch angesammelten Sparteil ist die Kasse dagegen in der Verzinsung frei.

**7 Einkauf**

Jedes Jahr berechnet die Pensionskasse, wie hoch Ihr Altersguthaben wäre, wenn Sie vom frühestmöglichen Zeitpunkt an mit dem heutigen Lohn versichert gewesen wären. Der Fehlbetrag zum effektiven Altersguthaben bildet die maximal mögliche Einkaufssumme zur Deckung der Vorsorgelücke. Falls Sie Gespartes übrig haben, das Sie für diesen Einkauf verwenden möchten, lassen Sie sich zunächst ausrechnen, wie sich dadurch Ihre Rente verändern würde. Gute Nachricht: Die einbezahlte Summe können Sie vom steuerpflichtigen Einkommen abziehen. Schlechte Nachricht: Von späteren Reduktionen des Umwandlungssatzes wird auch dieses Geld betroffen sein!

Blieben trotz sorgfältigem Studium Ihres Vorsorgeausweises Fragen offen? Scheuen Sie sich nicht, bei Ihrer Vorsorgestiftung nachzufragen. Sie ist umfassend auskunftspflichtig!

**WAS IST GEMEINT MIT «ÜBEROBLIGATORISCH»?**

**FRAGEN SIE NACH!**

Wenn Sie in Ihrer Pensionskasse einen Lohn zwischen 21 330 Franken und 85 320 Franken versichert haben, gehen Sie davon aus, dass Sie im Rahmen des Obligatoriums versichert sind. Und leiten daraus ab, es gelte zur Rentenberechnung der gesetzliche Mindestumwandlungssatz von 6,8 Prozent. Das heisst: pro 100 000 Franken des Altersguthabens ergäbe sich eine Rente von 6800 Franken. Sehr oft nennt der Vorsorgeausweis aber eine tiefere Rente, kalkuliert also mit einem tieferen Umwandlungssatz. Das ist erlaubt, sobald die Kasse überobligatorische Leistungen bietet. Man nennt sie dann eine «umhüllende Kasse».

**MEHRLEISTUNGEN.** Ins Überobligatorium fallen zum Beispiel alle Lohnbestandteile, die unter 21 330 und über 85 320 Franken liegen, es können aber auch andere Mehrleistungen sein. Elisabeth Hostettler vom Bundesamt für Sozialversicherungen nennt als Beispiel eine Vorsorgeeinrichtung, die einer 30jährigen Versicherten eine Altersgutschrift von 9 Prozent statt von im Gesetz genannten 7 Prozent gewährt. Gleichzeitig nennt sie den wichtigsten Grundsatz: «Umhüllende Kassen dürfen beim Mindestzins und beim Umwandlungssatz vom Gesetz abweichen – unter der Voraussetzung, dass ihre Leistungen in jedem Einzelfall, also auch bei den wenigverdienenden Mitarbeitenden, über dem Niveau bleiben, das für den obligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge vorgeschrieben ist.» Und: «Die Vorsorgeeinrichtung muss jeder versicherten Person offenlegen können, auf welche Leistungen sie nach den BVG-Mindestvorschriften Anspruch hätte, und diese auszahlen, falls sie höher ist als jene nach Reglement.»

**TRANSPARENZ!** Haben Sie Zweifel, ob Ihr Rentenversprechen den Mindestanforderungen nach BVG genügt? Fragen Sie nach – machen Sie von Ihrem Recht auf Transparenz Gebrauch! (jk)

**saldo tipp** im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**DAS ABC DES GRAUENS:** Erpresserische E-Mails können ordentlich erschrecken. Aber lassen Sie sich nicht ins Bockshorn jagen! FOTO: PD

## Keine Angst vor Erpresser-E-Mails

Die Mails haben einen drohenden Ton: «Ich habe Ihr Betriebssystem gehackt und vollen Zugriff auf Ihr Konto erhalten», heisst es zum Beispiel. Der Erpresser gibt an, er habe sich Zugang verschafft und ein Schadprogramm auf dem Computer installiert. Er wisse, welche Websites man angesehen habe. Ausserdem habe er mit der eingebauten Kamera am Computer den PC-Besitzer gefilmt. Der Erpresser droht, die Bilder und Filme weiterzugeben, und fordert ein Schweigegeld. Doch das sind leere Drohungen. Der Erpresser hat in der Regel nichts in der Hand. Er spekuliert darauf, dass ein Teil der Empfängerinnen und Empfänger den Betrag aus Angst einzahlen. Aber das wäre sinnlos: Erpresser sind keine vertrauenswürdigen Leute. Wer zahlt, hat keinerlei Gewähr, dass allfällige kompromittierende Informationen nicht weiterverbreitet werden.

**Ein Passwort soll als «Beweis» dienen.**

**FALSCHER BEWEIS.** Manchmal schickt der Absender auch ein Passwort der Empfängerin oder des Empfängers mit. Als «Beweis», dass er Zugang zum Computer habe. Doch das ist falsch. Solche Passwörter stammen in der Regel aus alten Datenlecks von Internetshops oder anderen Websites, sagt die Schweizer Meldestelle für Internetkriminalität. Tipp: Wenn Sie ein solches Mail erhalten, sollten Sie in jedem Fall das aktuelle Passwort Ihres E-Mail-Kontos ändern. MARC MAIR-NOACK

## ist möglich, aber selten eine gute Idee zum Eigenheim

fen Sie sich für den Erwerb von Wohneigentum vorzeitig ausbezahlen lassen. Macht 70 000 Franken. Fehlen 50 000 Franken. Und diesen Betrag können Sie sich nun unter Umständen bei Ihrer Pensionskasse beschaffen.

**AUF KOSTEN DER RENTE.** Diese Umstände sind im Gesetz zur Vorsorge (BVG, Art. 30) geregelt: Für selbstbewohntes Wohneigentum dürfen Sie einen Betrag bis maximal zur Höhe der Freizügigkeitsleistung vorbezahlen. Sind Sie über 50 Jahre alt, gilt als Limite der Freizügigkeitsbetrag, der Ihnen im Alter 50 zugestanden hätte. Mit dem Vorbezug muss auch der Ehe- oder Lebenspartner einverstanden sein. Falls Sie nun die benötigten 50 000 Franken aus der Pensionskasse vorbezahlen, haben

Sie zwar die Eigenmittel für den Wohnungsbau zusammen. Aber für Ihre Vorsorge sind die Folgen gross:

- Sie müssen den Vorbezug versteuern.
- Weil Ihr Alterskapital um den bezogenen Betrag plus Zins und Zinseszins sinkt, wird auch Ihre Altersrente tiefer ausfallen. Lassen Sie sich die Rentenkürzung von Ihrer Kasse berechnen!
- Oft sind durch den Vorbezug auch die Risikoversicherungen für Todesfall und Invalidität betroffen. In diesem Fall ist der Abschluss einer ausgleichenden Zusatzversicherung dringend zu empfehlen – aber auch diese kostet Geld.

Alternativ lässt sich Vorsorgekapital für den Erwerb von Wohneigentum auch verpfänden. Dann bleiben zwar die

Rentenansprüche ungeschmälert, und Sie bezahlen keine Extrasteuern. Dafür fallen aber die Hypothekarschuld und damit die Zinsenlast höher aus. So oder so: Wenn Sie Vorsorgegelder in Anspruch nehmen, um Wohneigentum trotz knappen Eigenmittels zu finanzieren, begeben Sie sich auf dünnes Eis. Wer nicht mit künftig deutlich steigenden Einkommen oder mit einem schönen Erbe rechnen kann, das sich zur Rückzahlung des Vorbezugs verwenden lässt, sollte die Finger davon lassen. Denn so oder so sind unsere künftigen Renten von weiteren Kürzungen bedroht, und bei den heute hohen Wohnpreisen ist auch das Risiko nicht zu vernachlässigen, dass sich der Kauf später als Verlustgeschäft erweist.

**GENOSSENSCHAFTS- WOHNEN ANTEILE FINANZIEREN**

Genossenschaftswohnungen sind gesucht. Jedoch können Genossenschaften den Kauf von Anteilscheinen verlangen. Manchmal sind das hohe, bis zu fünfstelligen Beträge. Falls das Gesparte nicht ausreicht, darf dafür Geld aus der Pensionskasse eingesetzt werden. Da es sich um vergleichsweise bescheidene Beträge handelt und die Sicherheit der Anteilscheine hoch ist, bildet diese Variante des Vorbezugs eine attraktive Option.

## Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Schwanger in der Lehre – was nun?

**Ich bin 17, mache eine Lehre im Detailhandel und habe vor einer Woche bemerkt, dass ich Mutter werde. Ein Schwangerschaftsabbruch kommt nicht in Frage. Dem Chef habe ich noch nichts gesagt. Ich weiss ja nicht, wie lange ich noch arbeiten kann, da wir oft stehend tätig sind und schwer tragen. Wie reagiere ich in dieser Situation? Kann ich meine Lehre trotzdem beenden?**



**Kathrin Ziltener, Jugendsekretärin.**

« Als werdende Mutter bist du gesetzlich geschützt. Die Firma darf dir wegen deiner Schwangerschaft nicht kündigen. Dein Betrieb muss Anpassungen deines Arbeitsalltags vornehmen, damit du und dein Baby nicht gefährdet sind. Zum Beispiel muss die Arbeit im Stehen reduziert werden, wenn du Beschwerden hast. Auch muss dich dein Betrieb unterstützen, damit du die Grundausbildung beenden kannst. Diese kann jedoch gegebenenfalls auch länger dauern. Während der mindestens 14 Wochen Mutterschaftsurlaub bekommst du mindestens 80 Prozent deines Lehrlingslohns weiter ausbezahlt. Wende dich möglichst schnell an die Mütterberatung. Und informiere deinen Arbeitgeber, damit er mit dir gemeinsam die kommende Zeit planen kann.»

nes Arbeitsalltags vornehmen, damit du und dein Baby nicht gefährdet sind. Zum Beispiel muss die Arbeit im Stehen reduziert werden, wenn du Beschwerden hast. Auch muss dich dein Betrieb unterstützen, damit du die Grundausbildung beenden kannst. Diese kann jedoch gegebenenfalls auch länger dauern. Während der mindestens 14 Wochen Mutterschaftsurlaub bekommst du mindestens 80 Prozent deines Lehrlingslohns weiter ausbezahlt. Wende dich möglichst schnell an die Mütterberatung. Und informiere deinen Arbeitgeber, damit er mit dir gemeinsam die kommende Zeit planen kann.»

**Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?** Schreib an [lehre@unia.ch](mailto:lehre@unia.ch)



workrätsel Gewinnen Sie 500 Franken in Reka-Checks!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m. [www.reka-guide.ch](http://www.reka-guide.ch)

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 2  
Das Lösungswort lautete: ARBEITNEHMER

|   |   |   |   |   |   |   |   |   |   |   |   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
|   | A |   |   | A |   |   | O |   |   |   | A |   |   |   |   | G |
| L | O | H | N | S | C | H | U | T | Z |   | B | A | U | D | E | M |
| R | O |   | U | R | A | L | T |   | O |   | S | C | H | A | L | T |
| D | D | R |   | G | E |   | M |   | I | L | T | I | S |   | R | P |
|   | I | N | F | O |   | S | E | R | B | E | N | S | T | E | R | N |
|   | N |   | U | D | O | N |   | S |   | S | T | E | T | S |   | I |
| S | A | H | E | L | G | R | E | I | C | H |   | O |   | U | N | D |
|   | T | E | R |   | M | A | L | E | N |   | H | K | U | E | N | Z |
|   | E | R |   | P | U | R |   | G | M | U | N | O | T |   | F | P |
|   | M |   |   | E | B | E | V | O | R |   | P |   | P | U | L | S |
| A | L | E | W | A | N | D | E | R | S |   | P | F | L | E | G | E |
|   | I | L | A | N | Z |   | R |   | S | T | A | U | B |   | P | I |
|   | M | I | S | T |   | U | N | K | E |   | G | L | A | S |   | C |
|   | I | N |   | I | S | T |   | A | T | P | K | L | U | G | E | S |
|   | T | E | A | K |   | E | I |   | S | O | B | A | L | D |   | E |

DEN PREIS, eine Übernachtung  
im Hotel Flora Alpina in Vitznau LU,  
hat gewonnen: Elisabeth Zuber, Reinach BL.  
Herzlichen Glückwunsch!

|                                 |                           |                         |                        |                   |                         |                               |                              |                      |                             |                       |                             |
|---------------------------------|---------------------------|-------------------------|------------------------|-------------------|-------------------------|-------------------------------|------------------------------|----------------------|-----------------------------|-----------------------|-----------------------------|
| Sprengkraft                     | ausreichend               | gelasener Mensch        | Zitterpappel           | grosse Nachtvögel | Abk.: Ihre Majestät     | Abk. f. e. Bibelteil          | Hostienteller                | Rufname der Taylor † | Stadt in Kalifornien (Abk.) | also, folglich (lat.) | bibl. Stamm-mutter          |
| die Umkleidezeit sollte... sein | Beerenfrucht              | Droge                   | 6                      | 8                 | Insekt                  | Jubelwelle im Stadion: La ... | Präsidentin der Unia (Vania) |                      |                             |                       | engl. Gasthof               |
| Übung, Vorarbeit                |                           |                         | US-Bundesstaat         | Kohlenabbau-front |                         |                               | Papstkrone                   | 4                    | Ehrentitel                  | 5                     | nord. Herdentier            |
| Totenschrein                    |                           | Palast des Sultans      | Vorn. v. Marti-netti † |                   |                         | US-Bildhauer † 1976           | Disney-Figur                 | Blasinstrument       |                             | austral. Lauf-vogel   |                             |
| alter Badebottich               | 1                         |                         | Dämon Odins            | Währung in Ghana  |                         |                               | Heizgerät                    |                      |                             | 12                    | Mass-nahme z. Heilung (Kw.) |
| Klima-aktivistin ... Thunberg   | kultisch, zere-moniell    | getwit-terte Nach-richt | trop. Edel-holz        |                   |                         |                               | Einwoh-ner e. USA-Staates    | 9                    | weg                         |                       |                             |
| Besengriff                      | Frau von Fred Feuer-stein |                         | Identitätskarte (Kw.)  | 10                | frz. Artikel            | span. Süßspeise               | christl. Sakra-ment          |                      |                             |                       |                             |
| Alters-gelder                   | ungebraucht               | Bewoh-ner eines Kantons | schweiz. Gewerk-schaft | das Unsterb-liche |                         | Zeitungsbegugs-art (Kw.)      | Handels-platz                |                      |                             |                       | eh. europ. Schnell-zug      |
| Meeres-anstieg                  |                           | gefrorenes Wasser       |                        | Zch. f. Erbium    | süd-amerik. Hochgebirge |                               | ital. Tonbez. für C          | 2                    | Abk.: Tisch-tennis          |                       |                             |
|                                 |                           | Lösungs-mittel          |                        |                   |                         | 3                             | gelie-henes Geld Mz.         |                      |                             |                       |                             |
|                                 |                           |                         |                        |                   |                         |                               | Lurch-tier                   |                      |                             |                       |                             |

|   |   |   |   |   |   |   |   |   |    |    |    |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|

Lösungswort einsenden an: work,  
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per  
E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch)  
Einsendeschluss 22. Februar 2019

INSERAT

Rückerstattung der Solidaritätsbeiträge in der Maschinenindustrie

Alle Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Vertragsfirma beschäftigt sind, erhalten auch für das Jahr 2018 von ihrem Arbeitgeber den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» ausgehändigt. Dieser wird in den meisten Firmen der Lohnabrechnung von Januar oder Februar beigelegt. Ist dies nicht der Fall, kann der Beleg auf dem Personalbüro bezogen werden.

Bei diesem Dokument handelt es sich um ein «Wertpapier» das bestätigt, dass für das Jahr 2018 der Solidaritätsbeitrag von Fr. 60.– vom Lohn abgezogen wurde. Unia-Mitglieder, die während des ganzen Jahres Mitglied sind und in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma gearbeitet haben, erhalten eine Rückerstattung von

Fr. 200.–

- Bei Verlust des persönlichen «Ausweises Solidaritätsbeiträge» gibt es keinen Ersatz, d.h. keine Rückerstattung mehr!
- Bitte Ausweis bis spätestens 31.12.2019 einlösen!

Alle Unia-Mitglieder können den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» persönlich auf dem für sie zuständigen Unia-Sekretariat abgeben oder per Post zustellen (unbedingt Postscheck- oder Bankkonto angeben).

Bei Problemen in dieser Angelegenheit bitten wir alle Kolleginnen und Kollegen, sich umgehend beim zuständigen Sekretariat ihrer Unia-Region/Sektion oder beim Unia-Zentralsekretariat in Bern zu melden.

Formular zur Rückerstattung der Solidaritätsbeiträge. Es enthält Felder für die Mitgliedsdaten, die Lohnabrechnung und die Rückerstattungsbetrag. Die Frist für die Einlösung ist bis 31.12.2019.



UNIA





WORKLESERFOTO

workquiz?

### Wie gut sind Sie?

**1. Venezuela:**  
**Der selbsternannte Präsident Juan Guaidó ist:**  
a) eine US-Marionette?  
b) ein Putschist?  
c) ein Demokrat?  
d) ein Dressman?

**2. Trotzismus:**  
**Was erfand ein führender Schweizer Trotzist?**  
a) einen revolutionären Lockenwickler?  
b) einen revolutionären Haarföhn?  
c) einen revolutionären Kühlschrank?  
d) einen revolutionären Staubsauger?

**3. Landwirtschaft:**  
**Warum lassen sich so wenige Bäuerinnen scheiden?**  
a) wegen der Kirche?  
b) wegen der Kühe?  
c) wegen der Kinder?  
d) wegen der Kohle?

**4. Pensionskassenausweis:**  
**Wie heisst Ihr Vermögen im BVG?**  
a) Altersguthaben?  
b) Altersschlechthaben?  
c) Altersrechthaben?  
d) Alterspechhaben?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1a+b, 2c, 3d, 4a

FOTO: ZVG

**Plié, Piqué, Pas de deux**  
**WANN** 17. Mai 2017  
**WO** Teatro Massimo in Palermo  
**WAS** Es darf getanzt werden  
**Eingesandt von** Richard Nussbaumer, Dietikon ZH

**Gewinnen Sie 100 Franken!**  
**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), **Betreff** «Leserfoto»

**Schreiben Sie uns**  
Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

WORKPOST



**WORK 2 / 1.2.2019:**  
**ROTER TEPPICH FÜR DEN BRAUNEN BOLSONARO**  
**Auf den Punkt**  
Ok, die Karikatur ist (für Schweizer Verhältnisse) eher heftig – aber sie bringt auf den Punkt, was im dazugehörigen Beitrag fundiert aufgearbeitet wird.  
**MARK GRAUWILER, VIA E-MAIL**

**Übel**  
Drei Schweizer Bundesräte hofieren eine der übelsten Figuren der internationalen Politik. Das hat sicher viel mit Geschäft zu tun – aber ich befürchte, die Herren haben allesamt auch  
**MAX HUBER, ZÜRICH**

inhaltslich nicht viel gegen den rassistischen Frauenfeind aus Brasilien einzuwenden.  
**AGNES BADER VIA E-MAIL**  
**Passt**  
Gegen Homosexuelle, gegen Gleichberechtigung, gegen Klimaschutz, gegen Arbeitnehmerrechte. Die SVP- und FDP-Bundesräte passen doch zu Bolsonaro. Gleich und gleich gesellt sich gerne!  
**RENÉ KAMBER, BERN**  
**Mehr davon!**

**WORK 2 / 1.2.2019:**  
**FRANKREICH: DAS SIND DIE GILETS JAUNES**  
**Aufklärung**  
Danke für die sehr profunde und differenzierte Vorstellung der Gelbwesten. Endlich verstehe ich besser, was diese Bewegung ausmacht und was nicht. Ich bin gespannt, wie es weitergeht, und hoffe sehr, dass die Menschen in Frankreich aus Frust über den neoliberalen Präsidenten nicht auf die rechte Rattenfängerin hereinfallen. Gut, dass sich die Gewerkschaften jetzt auch einschalten wollen.  
**RUEDI BACHMANN, BIEL**

**WORK 2 / 1.2.2019: DER «SCHLÄCHTER VON STOCKHOLM»**  
**Effizient**  
Von der Gründung der Schweizer Industriepionierin Brown, Boveri & Cie. (BBC) bis zur Fusion mit der schwedischen ASEA zur ABB dauerte es 97 Jahre. Von ABB bis Nienemeh brauchten die Finanzspekulanten gerade mal 31 Jahre. So viel zur Kapitalisteneffizienz ...  
**SVEN PEYER VIA E-MAIL**

**WORK 2 / 1.2.2019: DIESE FRAUEN HABEN GEPUTZT!**  
**Wunderbar**  
Was für eine wunderbare Idee: eine Auszeichnung für eine Putzfrau und zwei Näherinnen! Es ist wirklich eine prima Initiative der Gewerkschaft: etwas

entgegenzusetzen all diesen unsäglichen Preisverteilungen der Bürgerlichen: beste Führungskraft, jüngste Unternehmerin (grösste Abzockerin!?) usw. So eine Preisverleihung kann bestimmt auch dazu beitragen, das Image von Arbeitnehmenden zu stärken und das Bewusstsein in der Bevölkerung zu sensibilisieren und dem enormen Druck hin zu reinen Bürojobs entgegenzuwirken.  
**REGINE BRÄNDLI GYSIN, RIEDT B. ERLÉN TG**

**WORK 2 / 1.2.2019:**  
**«WIRTSCHAFTSKREISE STEUERTEN CASSIS' BESUCH IN DER MINE»**  
**Schlecht**  
Gleich zwei Mal kommt Aussenminister Ignazio Cassis in der aktuellen workzeitung prominent vor. Und beide Male macht er eine schlechte Falle. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Linke mit ihren Warnungen und Befürchtungen bei der Wahl richtig gelegen ist. Cassis ist ein opportunistischer Rechtsausleger ohne Rückgrat.  
**CARLO MEIER VIA E-MAIL**

**Traurig**  
Unter Ignazio Cassis verkommt das EDA zum verlängerten Arm der Waffenhändler und Rohstoffspekulanten. Dass der von der SVP bejubelte FDP-Bundesrat darüber hinaus auch noch den Schweizer Lohnschutz attackiert, passt ins traurige Bild.  
**SASCHA GROB VIA E-MAIL**

**Gefährlich**  
FDP-Aussenminister Ignazio Cassis lächelt harmlos in jede Kamera, die er sieht. Doch die aufgesetzte Tessiner Folklore täuscht. Cassis ist ein gefährlicher Mann. Er ist im Bundesrat der Handlanger derjenigen, die mit allem Geschäfte machen, was möglichst viel Profit bringt. Dabei stören Vorschriften gegen Korruption und für den Schutz der Umwelt nur. Genauso wie starke Gewerkschaften und ein griffiger Arbeitnehmendenschutz. Im Inland ist er mit seinem Angriff auf die flankierenden Massnahmen aufgelaufen – im Ausland will er dafür die Schweizer Konzerne wüten lassen, wie es ihnen gefällt. Darüber täuscht auch sein öffentliches Dauergrinsen nicht hinweg.  
**GERTA ANDEREGG, WINTERTHUR**

**WORK 2 / 1.2.2019: WEM NÜTZT DIE «KOHÄSIONSMILLIARDE»?**  
**Was passiert mit dem Geld?**  
Danke für die Fakten zur «Kohäsionsmilliarde». Der Artikel ist mir aber etwas zu sehr Schweizerfranken-bezogen. Wie steht es zum Zusammenhang mit dem Hirtenbild? Was macht das Schweizer Geld, um die soziale Position und Vernetzung solcher Menschen und ihrer Lebensbedingungen zu stabilisieren und zu stärken? Da würde es doch auch spannend!  
**URS WARTHMANN VIA E-MAIL**



HEINZ HARI  
BIKER UND  
GA-FAN

Heinz Hari ist in Steffisburg und Thun mit zwei 13 und 16 Jahre älteren Schwestern aufgewachsen. «Früher hätte man gesagt, ich sei der ‚Urlauber‘, sagt er schelmisch. «Als drittes Kind habe ich Erziehungsfehler meiner Eltern nicht mehr so zu spüren bekommen.» Mit den Eltern verband ihn eine Leidenschaft: die Liebe zu motorisierten Zweirädern. Die Mutter fuhr eine Lambretta, der Vater eine 500er-BMW, danach eine Florett. Heinz Hari wurde zum begeisterten Harley-Fahrer. «Töfffahren ist wie ein Virus», sagt er. Bis zu seinem Unfall im Oktober 2017 sei er im Frühling jeweils ganz kribblig geworden, bis er endlich wieder fahren konnte. «Das habe ich seither nicht mehr gespürt», sagt er. Zwar ist sein Töff noch beim Händler eingestellt, aber vielleicht werde er ihn auch verkaufen. Es klingt nicht resigniert, eher pragmatisch.

**GENIESSER.** Heinz Hari ist keiner, der mit dem Schicksal hadert. Lieber genießt er die Sonnenseiten des Lebens: An der Sonne sitzen, «e chli sy», einen Fussballmatch (am liebsten von Bayern München) oder ein Formel-1-Rennen am Fernseher verfolgen. Heinz Hari reist oft mit seinem GA quer durch die Schweiz. Nach der Pensionierung will er das Abonnement noch besser ausnutzen, «einfach mal nach Lugano fahren und dort eine Pizza essen». Seit rund 2 Jahren ist Hari Mitglied der Gewerkschaft Syndicom, die den Sozialplan der Post bei der Schliessung des Briefzentrums Ostermundigen BE mit ausgehandelt hat.



Heinz Hari (60) arbeitet in der Briefklinik der Post

# Er ist Amors Assistent

**Er ist ein Detektiv, der täglich Hunderte von Fällen löst: Heinz Hari hilft, dass Briefe auch dann ankommen, wenn sie falsch adressiert oder kaputt sind.**

**ASTRID TOMCZAK-PLEWKA | FOTOS YOSHIKO KUSANO**  
Vielleicht hat er schon Beziehungen gerettet. Heinz Hari würde es wohl nicht so pathetisch formulieren. Dafür ist der Thuner zu bodenständig. Aber ja, es kommt schon vor, dass er zum Liebesboten wird. Wie das? Seit August des vergangenen Jahres arbeitet Hari im 16köpfigen Team der Post-Briefklinik in Härkingen SO. Dieses sorgt dafür, dass möglichst alle Briefe dort ankommen, wo sie hinsollen. Auch Liebesbriefe, die im Rausch der Sinne falsch oder gar nicht adressiert wurden. Hier ist Hari gleichermaßen Amor und Hermes, indem er nach Hinweisen auf die Liebste oder den Liebsten sucht – und oft findet. Oder zur Weihnachtszeit kommt es oft vor, dass die als süsser Gruss versandte Schokolade unerwünschte Spuren hinterlässt: braune Streifen auf zahl-

reichen Sendungen, unleserliche Adressen. Bei den meisten Sendungen ist jedoch lediglich die Postleitzahl falsch. Ein Klassiker sind auch Schlüssel und USB-Sticks, die unsachgemäss verpackt wurden und deshalb den Umschlag zerstören – und manchmal auch noch andere Briefe, die auf der gleichen Sortiermaschine sind. Schlüssel schickt Hari entweder an den Hersteller – etwa Kaba – oder ins Postfundbüro in Lugano, die USB-Sticks auch.

**EINE MINUTE.** Zwar sind weniger als ein Promille der Briefsendungen beschädigt oder unzustellbar. Aber bei täglich 6 Millionen verschickter Briefe alleine im Briefzentrum Härkingen sind das immer noch ein paar Tausend täglich. Und das wiederum bedeutet, dass Hari an einem Arbeitstag Hunderte von Briefen nach Hinweisen auf Absenderin oder Empfänger absucht. Pro Brief hat er dafür eine halbe bis anderthalb Minuten Zeit – je nachdem, ob nur die Postleitzahl falsch oder die ganze Adresse unleserlich oder falsch ist. Dieses Zeitfenster

tönt nach Hektik, doch Heinz Hari wirkt ganz und gar nicht gestresst. Routiniert entscheidet er schon nach wenigen Sekunden, ob sich der weitere Suchaufwand lohnt oder ob eine Sendung auf dem Stapel landet, der weitere Abklärungen benötigt. Er nimmt einen rosafarbenen Briefumschlag in die Hand, öffnet ihn. «Das sieht gut aus», sagt er. Er vergleicht die Absenderadresse auf der Geburtsanzeige mit der Datenbank der Post auf seinem Computerbildschirm – diesmal ist es ein Volltreffer: Die Anzeige wird neu verpackt und mit einem Infoschreiben zurück an den Absender geschickt. Nicht immer ist die Arbeit allerdings so einfach. «Manchmal bin ich schon so etwas wie ein Detektiv», sagt Hari.

Heinz Hari ist ein Post-Urgestein. Seit 33 Jahren arbeitet er beim «Gelben Riesen». Ursprünglich lernte er Maschinenschlosser, doch schon nach der Lehre hatte er diese Arbeit «bis hier», sagt er grinsend und legt seine Hand an die Nase. Es folgten «wilde Jahre», wo er mal hier, mal da jobbte. Sein Schwager, der bei der Post ar-



**SUCHEN & FINDEN:** Weniger als ein Promille der Briefe sind kaputt oder unzustellbar. Aber bei Millionen Sendungen täglich läppert sich das zusammen.

beitete, ermutigte ihn, sich zu bewerben. «Also kam ich mit 27 zur Post und wurde uniformierter Postbeamter», sagt er. Alles schien auf geraden Schienen zu laufen, Hari arbeitete im Briefzentrum Mösli in Ostermundigen BE. Bis im Oktober 2017. Bei einem Töffunfall zertrümmerte er sich die Schulter und war 4 Monate arbeitsunfähig. Danach fing er sukzessive wieder an zu arbeiten, erst einen Tag, schliesslich 50 Prozent. «Es hätte so weitergehen können.» Doch dann wurde das Logistikzentrum in Ostermundigen Mitte 2018 geschlossen.

**THUN IST SCHÖN.** Als die Post ihm den Job in Härkingen anbot, zögerte Heinz Hari nicht lange. Und nach einem halben Jahr sagt er: «Für mich ist die Arbeit ideal.» Früher hätte er mehr körperlich gearbeitet, jetzt mehr mit dem Kopf. «Ich kann mich wirklich nicht beklagen», sagt er. «Man hat mich gut im Team aufgenommen, es herrscht eine gute Atmosphäre, und die Arbeit ist interessant.» Man nimmt ihm ab, dass das nicht einfach eine Floskel ist. Vielleicht hat diese positive Einstellung mit Loyalität zu tun – und mit Heinz Haris Persönlichkeit. Er wirkt vertrauenswürdig, der Kumpel, mit dem man beim Feierabendbier die Alltagssorgen bespricht. Dazu passt, dass Hari den alten Grundsatz «Der Kunde ist König» hochhält, auch in Zeiten, in denen Kunden manchmal eher als lästiges Übel behandelt werden. Den Kunden helfen – das ist ja letztlich die Mission der Briefklinik.

Im August 2020 wird Heinz Hari pensioniert. Bis dahin will er in Härkingen arbeiten – auch wenn er dafür vier Mal wöchentlich rund dreieinhalb Stunden Arbeitsweg auf sich nehmen muss. «Meine Wohnung in Thun ist zu schön, als dass ich sie aufgeben würde, um im Nebel zu hocken», sagt er. Dann ergreift er den nächsten Umschlag, öffnet ihn sorgfältig und macht seine Arbeit.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**  
Für nur Fr. 36.– im Jahr  
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejoseekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejoseekuhn@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadincgau@workzeitung.ch](mailto:patriciadincgau@workzeitung.ch); Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), [annesophiezbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophiezbinden@workzeitung.ch) **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Astrid Tomczak-Plewka, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Tom Hänsel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 92 416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.